Nr. 131. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 8. Juni 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Und Posadowsky sprach!

Man hatte eine Regierungserklärung zu den Wahlen erwartet. Aber sie ist ausgeblieben. Doch es jammerte den Grafen Posadowsky seiner Lieben und in vorgerückter Stunde springt er ihnen hilfreich zur Seite. Die „Berliner Neuesten Nachrichten" erzählen, ein „notabler Politiker" habe den Grafen um eine „gutachtliche Aeußerung über das bei den Wahlen zu beobachtende Verhalten" ersucht, und das Blatt ist in der Lage, die Antwort des Ministers mitzutheilen.

Die Auslassungen des Grafen Posadowsky sind so unbedeutend als möglich und nicht um ihres Gehalts willen, sondern um die Stellung des Schreibers willen geben wir sie hier wieder. Graf Posadowsky sprach:

„Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom gestrigen Tage ergebenst zu erwidern, daß meines Erachtens die bürgerlichen Parteien über ihre Haltung bei den bevorstehenden Wahlen nicht zweifelhaft sein können.

Die sozialdemokratische Partei hat sich nicht nur selbst in der Oeffentlichkeit als eine revolutionäre Partei bekannt, sondern sie ist auch thatsächlich eine solche, da ihre ausgesprochenen Ziele in der Beseitigung der bestehenden Staatsordnung, sowie in der Aufhebung des Privateigenthums und ihre Mittel häufig in der terroristischen Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeiter bestehen. Es kann nur auf theoretischem Mißverständniß, auf politischer Kurzsichtigkeit oder auch vielleicht auf Mangel an Muth beruhen, wenn diese Sachlage von mancher Seite nicht erkannt oder absichtlich verdunkelt wird. Die bürgerlichen Parteien, welche unzweifelhaft gewillt sind, die bestehende Staatsordnung aufrecht zu erhalten, haben demgemäß auch dem Deutschen Reiche gegenüber wie gegen sich selbst aus Gründen der Selbsterhaltung die Verpflichtung, durch ihre Stellung im Wahlkampf und ihre Betheiligung an der Wahlhandlung der Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter gemeinschaftlich entgegenzutreten. Wahlberechtigte, welche aus Fraktionsrücksichten hoffnungslose Kandidaturen aufstellen oder aufrecht erhalten und damit die Wahl eines Kandidaten der bürgerlichen Parteien in Frage stellen oder vereiteln, laufen Gefahr, die sozialdemokratische Bewegung mittelbar zu unterstützen. Wer unser Vaterland vor schweren inneren Erschütterungen bewahren will, sollte deshalb seine politischen Neigungen und Abneigungen der vornehmsten politischen Pflicht unterordnen: der geschlossenen Frontstellung gegen den revolutionären Sozialismus.

Zum Wohle aller Klassen der Bevölkerung muß der nächste Reichstag eine sichere Mehrheit aufweisen, welche bereit ist, die großen gemeinsamen Interessen unserer Erwerbsstände positiv zu fördern; zu dem Zwecke muß er der Regierung einen festen Rückhalt bei der Vorbereitung und Entscheidung der schwierigen Fragen des internationalen Wettbewerbs bieten und entschlossen sein, die Lage der heimischen Produktion und zwar besonders der durch die moderne Entwickelung unzweifelhaft am meisten gefährdeten Erwerbsstände, der Landwirthschaft und der Mittelklassen, einer vorurtheilsfreien, durch Lehrmeinungen und politische Rücksichten nicht beeinflußten Prüfung zu unterziehen. Im Interesse der Arbeiterbevölkerung wird es endlich der formalen Verbesserung und des weiteren sachlichen Ausbaues der Arbeiter-Versicherungsgesetze unbedingt bedürfen.

Sollte keine Aussicht vorhanden sein, einem Kandidaten zum Siege zu verhelfen, welcher diese Gesammtauffassung theilt, so sollte jedenfalls der Kandidat unterstützt werden, welcher dem Sozialdemokraten gegenübersteht.

Bei der Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlentscheidung darf kein staatstreuer Wähler an der Wahlurne fehlen, um durch die Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflicht für das politische und wirthschaftliche Wohl der staatlichen Gemeinschaft auch persönlich einzutreten.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Ihr ergebener
Posadowsky."

Zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie ruft Graf Posadowsky und predigt den bürgerlichen Parteien Einigkeit. Das hat auch Herr v. Miquel schon gethan, da er die „Sammelpolitik" in Szene setzte. Den Ruhm, eine neue Wahlkampfparole zu bringen, hat der Herr Graf gewiß nicht. Aber auch die Begründung, die er seiner Aufforderung giebt, ist abgestanden und schaal.

Die Sozialdemokratie wolle die bestehende Staatsordnung beseitigen. Ja, hat denn diese Staatsordnung Anspruch auf ewiges Bestehen? Gäbe es keine Möglichkeiten der Verbesserung? Aber dies nur nebensächlich; wichtiger wäre es, wenn Graf Posadowsky sich hätte darüber aussprechen wollen, wie er denn über die Beseitigung der bestehenden Staatsordnung denkt, welche von seiten der Feinde des Reichstags-Wahlrechts und der Staatsstreichler geplant wird! Diese gerade, so dünkt uns, sind es, welche bekämpft werden müssen, wenn man „unser Vaterland vor schweren inneren Erschütterungen bewahren will".

Die Sozialdemokratie wolle das Privateigenthum aufheben. Aber warum giebt der Herr Graf nicht seine Weisheit darüber zum besten, wie er über die Aufhebung des Privateigenthums denkt, die jetzt vor seinen eigenen Augen, unter seinem eigenen Regiment alltäglich vor sich geht.

Oder geschieht es nicht in der bestehenden Staatsordnung des Grafen Posadowsky, daß des Kapitals Uebergewalt tausende und zehntausende von kleinen Leuten aus ihrem Eigenthum vertreibt und dem Proletariat überantwortet? Und ist er nicht dieselbe famose staatliche Gemeinschaft des Grafen Posadowsky, in der Millionen Lohnarbeiter um und um ein gutes Theil ihres sauer erarbeiteten Arbeitsproduktes an unthätige Kapitalbesitzer abgeben müssen?

Die sozialdemokratische Partei beschränke häufig die Freiheit der Arbeiter in terroristischer Weise. Mit Verlaub, Herr Graf, das ist eine absolut unwahre und unbeweisbare Behauptung. Wo etwa einmal Arbeiter, gekränkt und gereizt, sich zu einer unrechten Handlungsweise gegen Mitarbeiter haben hinreißen lassen, da hat das die Sozialdemokratie nie gebilligt, vielmehr ist es den Warnungen der Sozialdemokratie und der Schulung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie zu verdanken, wenn die deutschen Arbeiter im Kampf gegen den terroristischen Uebermuth eines Unternehmerthums, das keinerlei Achtung kennt vor der persönlichen Freiheit des Arbeiters, Besonnenheit und Gesetzlichkeit bewahren. An das Unternehmerthum hätte sich Graf Posadowsky wenden und Schutz der Arbeiter gegen seine Uebermacht verkünden sollen, anstatt daß er ihm und seinen absolutistischen Wünschen durch gesetzgeberische Pläne zu Hilfe kommt, wie sie in seinem bekannten Geheim-Erlaß sich ankündigen, Pläne, die darauf ausgehen, das letzte Recht der Arbeiter, die Grundlage seiner persönlichen Freiheit, das Koalitionsrecht zu zerstören.

Graf Posadowsky ruft aber nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern sein „Gutachten" hat auch einen positiven Theil. Das Wohl „aller Klassen der Bevölkerung", „die großen gemeinsamen Interessen unserer Erwerbsstände" sollen positiv gefördert werden. Wie diese Förderung aber geschehen soll, darüber sagt der Graf nur Gemeinplätze. Am meisten Schutz verdienen die Landwirthschaft und die Mittelklassen. Aber wie soll denn diesen Schichten geholfen werden? Wenn Graf Posadowsky der Landwirthschaft durch die Mittel helfen will, welche das Bündlerthum vorschlägt, so wird er vergeblich an die Einigkeit der bürgerlichen Parteien appelliren, denn für Zollerhöhungen und Zollkriege ist das industrielle und kommerzielle Bürgerthum, wenigstens zum Theil, ebenso wenig begeistert wie die Arbeiterklasse. Auch für die Arbeiterklasse hat das gute Herz des Ministers etwas übrig: die Versicherungsgesetze sollen ausgebaut werden. Leider bedeuten die Vorschläge, welche die Regierung während der letzten Reichstags-Session hinsichtlich der Versicherungsgesetze gemacht hat, fast ausschließlich eine Erleichterung für die agrarischen Unternehmer, aber keine Verbesserung für die Arbeiter.

Nach alledem muß man fragen: Was soll das „Gutachten" des Grafen Posadowsky? Wozu die Liebesmüh?

Was Graf Posadowsky da sagt, hat alle Welt längst gewußt. Sein Gutachten kann keinerlei Einfluß auf den Wahlkampf haben. Dazu ist es zu inhaltlos und der Gutachter selbst ist nie ein Mann von eigenen Gedanken, ein leitender Staatsmann gewesen, sondern stets nur ein Sprachrohr anderer und der „Kugelfang" für andere.

Am 16. Juni wird Graf Posadowsky erkennen, wie werthlos seine Bemühung gewesen. Die Niederlagen der ihm befreundeten Parteien werden für ihn zugleich eine böse Blamage bedeuten und er wird zu sich sagen: O si tacuisses, o hättest du geschwiegen!

Wahlkampf.

Freisinniger marasmus senilis.

Die „Vossische Zeitung" wiederholt heute in einem langen wehleidigen Leitartikel den Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, sie habe selbst die Reaktion gefördert, „indem sie dem freisinnigen Bürgerthum in den Rücken fiel und seine Kraft zersplitterte". Die Vossin führt diesen Gedanken des näheren folgendermaßen aus:

„Wenn die Regierung oder die Rechte ganz offen sprechen oder ganz nach ihren innersten Herzenswünschen handeln dürften, so würden sie bei jeder Wahl zwischen einem Freisinnigen und einem Sozialdemokraten den Vorzug dem Sozialdemokraten geben. Eine Partei von hundert Sozialdemokraten im Reichstag wäre ihr nicht besonders bedenklich; im Gegentheil, schon das Dasein einer solchen Partei schiene einem großen Theil des deutschen Volkes eine ausreichende Rechtfertigung der reaktionärsten Maßnahmen. Das Junkerthum würde sich beeilen, ein derartiges Umsturzgeschrei anzustimmen, daß eine Regierung, selbst wenn sie bis dahin nicht geneigt wäre, die Freiheit zu beschränken, vermuthlich zu jeder ihr angesonnenen Beschränkung die Hand böte. Eine Partei von hundert Freisinnigen dagegen wäre der Regierung im höchsten Maße unbequem, denn da würde sich die Nothwendigkeit unabweislich ergeben, dem Liberalismus, dem Freiheitssinn den Einfluß auf Regierung und Verwaltung zu gewähren, den bisher fast ausschließlich die konservative Partei ausübt. Ein Sieg der Sozialdemokratie führt immer zur Stärkung der Reaktion, und heute mehr denn je."

Besieht man sich diesen Gedankengang der Freisinnsleute, so muß man ihnen zugestehen, daß niemand im stande wäre, die Thatsache ihres politischen Bankrotts eindringlicher zu schildern als sie es selbst thun.

Wäre das richtig, was die „Vossische Zeitung" sagt, und was jetzt in allen Freisinnsreden widertönt, so müßte die Sozialdemokratie daraus die Schlußfolgerung ziehen: Verlassen wir den Wahlkampfplatz, danken wir ab vom politischen Leben, lösen wir unsere Partei-Organisation auf, lassen wir die Druckmaschinen unserer Zeitungen stille stehen — dann wird die Freiheit in Deutschland einkehren, dann wird alles besser werden. Mit anderen Worten: die freiheitliche Ausgestaltung der deutschen Verhältnisse, welche die Sozialdemokratie erstrebt, wird erreicht werden, wenn die treibende Kraft ausgelöscht wird. Die sozialdemokratischen Absichten werden nur verwirklicht werden, wenn es keine Sozialdemokratie giebt!

Solche Scherze leistet sich das alte liberale Blatt. Bewährt sich hier das Wort, daß das höchste Alter kindisch macht?

Die „Vossische Zeitung" greift zur Bestätigung ihrer absonderlichen Auffassung auf die Entstehungsgeschichte der Sozialdemokratie zurück. Bismarck habe die Arbeiterbewegung gegen das Bürgerthum ausspielen wollen. Das ist richtig. Aber verlogen ist es, wenn die „Vossische Ztg." es weiter so darstellt, als ob sich die Arbeiterbewegung in ihren Frühjahren irgendwie hat durch Bismarck fördern lassen. Oder will die „Voss. Ztg." vielleicht die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts beklagen?

So wird also auf Bismarck und auf die Sozialdemokratie alle Schuld am Niedergang des Liberalismus geschoben. Nur der Liberalismus selbst ist frei von Fehl.

Es ist schier unglaublich, wie gering die Selbsterkenntniß der Liberalen ist. Sie wollen nicht sehen, daß ihre eigene schwankende und halbe Politik in politischen Fragen der Freiheit und insbesondere ihre brutale Gegnerschaft gegen die sozialen Bedürfnisse des Volkes ihren Ruin herbeigeführt hat.

Und jetzt betteln sie um Wählerstimmen, weil die Stärkung einer wahrhaft demokratischen Partei die Reaktion reizen würde.

Nun, wäre dem wirklich also, die deutsche Arbeiterklasse würde auch den Strauß auszufechten wissen, wie sie den Strauß des Sozialistengesetzes ausgefochten hat. Wir sind sicherlich Freunde einer ruhigen Entwickelung der deutschen Verhältnisse, aber wenn eine blinde Reaktion es noch einmal versuchen wollte, mit Zwangs- und Umsturzgesetzen zu arbeiten, wir fürchten uns nicht davor!

Aber dies ganze Bild, das da der „Voss. Ztg." ängstliches Gemüthe malt, ist nur eine lächerliche Karrikatur.

Hundert Freisinnige im Reichstag, meint die „Voss. Ztg.", würden eine freiheitliche Entwickelung erzielen, hundert Sozialdemokraten aber würden die Reaktion herausfordern! Aber nur zweierlei ist möglich: Entweder treten die hundert Freisinnigen wirklich freiheitlich auf, dann wird die Reaktion sie ebenso hassen, wie sie die Sozialdemokratie haßt; oder, was allerdings nach aller bisheriger Geschichte des Liberalismus hundertmal wahrscheinlicher ist, die Freisinnigen schleichen matt daher, dann werden sie nicht von der Reaktion bekämpft werden, weil die Reaktion alles hat und alles bekommt, was sie verlangt.

Durch einen Zuwachs von Sozialdemokraten aber im Reichstag und durch eine bedeutende Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen im Lande wird der Regierung gezeigt werden, daß die Unzufriedenheit des deutschen Volkes mit der bisherigen Politik wieder ungeheuer angewachsen ist. Die Regierung wird sich genöthigt sehen, andere Pfade einzuschlagen, insbesondere die Sozialpolitik ernsthaft anzufassen.

Kurzum, der ganze Gedankengang der Tante Voß bekundet völligen marasmus senilis, greisenhafte Altersschwäche. Durch Halbheit, Feigheit, Zurücksteckung aller höheren politischen Ziele glaubt sie die Reaktion bessern zu können. Noch niemals aber ist auf solche Art in der Geschichte ein Fortschritt gemacht worden.

Wäre der deutsche Liberalismus noch irgendwie lebenskräftig, so würde er jetzt kein Lamento singen über den Radikalismus der Sozialdemokratie, sondern er würde Einkehr bei sich selbst halten und die großen Fehler, die er begangen, einigermaßen gut zu machen versuchen. Er müßte den Geist des beschränktesten Kapitalismus in seinen eigenen Reihen zurückzudrängen und den sozialen Bedürfnissen der Zeit gerecht zu werden versuchen. Thäte der Liberalismus dies, könnte er dies, so würde das deutsche Bürgerthum noch einmal Ansehen und Macht gewinnen, so würde das Verhältniß zwischen Bürgerthum und Arbeiterklasse ein günstigeres werden, so würde die junkerliche Reaktion schnell ausgerottet werden. Aber freilich, unser Liberalismus ist dazu längst nicht mehr fähig. Man mag das bedauern, aber es ist eine unabänderliche Thatsache, die durch das traurige Altweibergeschwafel der „Voss. Ztg." nur von neuem erhärtet wird.

Die „Volks-Zeitung"

wendet sich scharf gegen die Taktik der freisinnigen Volkspartei im Wahlkampfe. Während es galt, den Kampf scharf gegen die Freiheitsfeinde und Brotwucherer zu führen, habe man die Idee vom „Kampfe nach zwei Fronten" in die Welt gesetzt. Es wird den freisinnigen Herren sehr unangenehm klingen, was ein Blatt, das ihrer Partei selbst angehört, ihnen sagt. Die „Volks-Zeitung" führt aus:

„Anstatt daß der entschiedene Freisinn alles hätte daran setzen sollen, mit der stärksten und entschiedensten Oppositionspartei, mit der Sozialdemokratie, Fühlung zu suchen und zu gewinnen, um dem Junkerthum zu zeigen, daß das fortschrittliche Bürgerthum im Verein mit den demokratisch gesinnten erwerbsthätigen Schichten des Arbeiterthums stark genug sei, die reaktionären Parteien niederzuwerfen, statt dessen hielt man sich nicht für zu gut dazu, zwischen dieser größten und stärksten Oppositionspartei einerseits und der Reaktion andererseits den Puffer zu spielen, dessen Beruf es sei, gleichmäßig von rechts und links sich puffen und knuffen zu lassen! Und die Verblendung ging so weit, daß die Strategen der Pufferpolitik sich einbildeten, gerade bei diesem Vorrücken zwischen zwei Feuern könne man mit vermehrter Mannschaft aus der Schlacht hervorgehen! Wahrlich, niemals im politischen Leben hat eine Partei eine derartig selbstmörderische Taktik zu wählen für gut befunden!... Manchmal schien es, als sei das vor allen Dingen zu bekämpfende Junkerthum gänzlich außer Schußlinie gerückt worden, so sehr war aus dem „Kampfe nach zwei Fronten" ein Kampf nach der einen, nach der sozialdemokratischen Front geworden. Der „Vorwärts", der, wie die Sozialdemokratie selbst, monatelang seine Angriffe fast ausschließlich gegen das Agrarierthum gerichtet hatte, sah sich genöthigt, seine Waffen gegen die freisinnige Offensive zu kehren. Das Agrarierthum hatte den Spaß, seelenvergnügt zuzusehen, wie die beiden Gegner, vor denen das Junkerthum hätte zittern müssen, wenn sie beide gegen die Reaktion gekämpft hätten, ihre Kraft im Kampfe gegen einander losließen. Da aber in diesem Sonderkampfe der Freisinn thörichterweise seine Geschosse gegen den sozialistischen Zukunftsstaat richtete, der bei der Wahl gar nicht in Frage steht und den die Reaktion als rothes Schreckgespenst nur noch für die naivsten Gemüther mit Erfolg an die Wand malt; da dem gegenüber andererseits die Sozialdemokratie klugerweise ihre Kritik einsetzte bei der rauhen Wirklichkeit der Dinge, nämlich bei den kommunalpolitischen und parlamentarischen Unterlassungen der Partei, die selbst in freisinnigen Kreisen als Zeichen des Niederganges des

Liberalismus gerügt und beklagt werden mußten, so bedarf es keiner besonderen Auseinandersetzung darüber, wer bei diesem Kampfe nothwendigerweise den Kürzeren ziehen muß..

So ist denn auf der ganzen Linie des Bürgerthums alles bereit, nach dem „rothen Gespenst" zu stechen: Freisinnige Redner und freisinnige Blätter wetteifern mit reaktionären Rednern, mit amtlichen Gutachtern aus dem Lager der Regierung und mit den Kreisblättern, um die vermeintliche sozialdemokratische Gefahr abzuwehren! Und je mehr die freisinnigen Wähler sich in diesen Kampf hineinbeißen, ein um so herzhafteres Gelächter dürfen die Agrarier und die ostelbischen Junker aufschlagen . . ."

Es ist viel Wahres in diesen Ausführungen der „Volks-Zeitung". Nur scheint uns das Blatt zu pessimistisch zu sehen. Die thörichte und verderbliche Freisinnstaktik wird hoffentlich ausgeglichen werden durch die Tapferkeit und Begeisterung, mit der die Arbeiterklasse den Kampf führt.

Zentrum-Regierungspartei.

Dr. Lieber hat sich in einer Wahlrede in Montabaur über die Wahlpolitik des Zentrums ausgesprochen. Das Zentrum will weder die Linke noch die Rechte zu stark werden lassen, sondern überall den Ausschlag geben. Interessanter ist ein Ausspruch Dr. Lieber's über das Verhältniß des Zentrums zur Regierung. Dr. Lieber sagte:

„Man nennt uns häufig die Regierungspartei. Das sind wir nicht, aber wir sind die regierende Partei geworden. Wir sind es geworden durch die eigene Tüchtigkeit, durch die Ungeschicklichkeit der Gegner und durch eine entschiedene Wendung in den Anschauungen der verbündeten Regierungen. Heute sagt die Reichsregierung: Ich mache die Reichsgeschäfte mit denjenigen Parteien, mit welchen ich sie machen muß, und wenn ich sie mit dem Zentrum machen kann, so mache ich sie mit dem Zentrum."

Es dürfte dem Herrn Dr. Lieber sehr schwer fallen zu zeigen, wo eine Wendung in den Anschauungen der verbündeten Regierungen hervorgetreten sei, sofern damit eine Wendung zu einer weniger reaktionären Politik gemeint ist. Die Regierungen sind immer agrarischer geworden, haben sich von der Sozialreform abgewendet und an den Militarismus den Marinismus angereiht.

Also ist offenbar, daß die neue Freundschaft des Zentrums mit der Regierung keineswegs die Folge einer freiheitlichen und volksthümlichen Politik der Regierungen ist, sondern im Gegentheil eine Folge der ganz reaktionären und volksfeindlich gewordenen Politik des Zentrums.

Die Vertuschungsversuche des Herrn Dr. Lieber helfen über diese Thatsache nicht hinfort. Nicht die Regierung kapitulirte vor dem Zentrum, sondern das Zentrum kroch vor der Regierung zu Kreuze!

Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums vor der Wahl.

Im schwäbischen Landtage hat das Zentrum den Antrag eingebracht, die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen, die königl. Staatsregierung zu ersuchen, ihre Bevollmächtigten zum Bundesrath anzuweisen, für die Einbringung des Entwurfs eines Gesetzes zu wirken, welches das Koalitionsrecht der Arbeiter im Sinne der vom Reichstage jüngst angenommenen Resolutionen erweitert und schützt.

Vom agrarischen Zentrum.

Auch in der Sonntag, den 5. Juni, in Gleiwitz abgehaltenen Zentrumsversammlung, in der sich Graf Ballestrem den Wählern vorstellte, ging es, obgleich Nichtultramontanen der Eintritt von vornherein verboten war, nicht so zu, wie es der schwarze Graf und seine schwarze Schaar von Geistlichen wünschten. Die Opposition gegen Ballestrem war recht erheblich, worüber die siegesgewohnten Schwarzen augenscheinlich sehr verdutzt waren.

Polen und Zentrum.

Große Mißstimmung herrscht in Zentrumskreisen über die Taktik der Polen, die den Zentrumskandidaten in den westpreußischen Wahlkreisen eigene Mandatswerber entgegenstellen. Wurst wider Wurst, ist die Antwort des Zentrums, das nun in allen Wahlkreisen, selbst in den Urdomänen der Polen, klerikale Zählkandidaten aufgestellt hat.

Für eine möglichst große Anzahl von Stichwahlen scheint man noch im letzten Augenblick mit größter Rührigkeit arbeiten zu wollen.

Das „Gutachten" des Grafen Posadowsky

wird in der agrarischen und konservativen Presse ohne besondere Freude aufgenommen. Die Blätter merken wohl, daß damit kein Staat zu machen ist.

Interessant ist, was die linksnationalliberale „National-Zeitung" zu dem Gutachten sagt:

Was seinen Inhalt betrifft, so geht es vor allem darauf aus, die Aufmerksamkeit von dem hauptsächlichen Streitpunkt, um den bei den gegenwärtigen Wahlen gekämpft wird, abzulenken. Es mag unerörtert bleiben, ob die Kennzeichnung der Sozialdemokratie durch den Grafen Posadowsky nicht recht einseitig und unvollständig ist; man kann das, was er über sie und über die Nothwendigkeit für die bürgerlichen Parteien, ihr gegenüber zusammenhalten, sagt, ohne weiteres als richtig zugeben, und wird doch finden, daß die Hauptsache möglichst zurückgeschoben wird. Um den Kampf gegen die Sozialdemokratie handelt es sich jetzt in ungefähr demselben Umfange, wie bei frühen Wahlen; in einer viel größeren Anzahl von Wahlkreisen aber handelt es sich um die Frage, ob das wirthschaftlich und politisch reaktionäre Agrarierthum die Herrschaft über unser Staatsleben gewinnen soll; und betreffs dieser Frage enthält das Schreiben des Grafen Posadowsky nicht nur keinerlei ausdrückliche Stellungnahme, sondern unbestimmte Redewendungen solcher Art, daß sie Mißtrauen hervorrufen müssen, wo solches nicht ohnehin schon besteht. . . .

Somit stimmen wir dem Schreiben des Grafen Posadowsky darin zu, daß in einer Anzahl Wahlkreise die Parole lauten muß: gegen die Sozialdemokratie. Aber wir werden durch dieses Schreiben in der Ueberzeugung bestärkt, daß in einer ungleich größeren Anzahl von Wahlkreisen die Parole lauten muß: gegen das Agrarierthum."

Diese Absage wird dem Sammelminister Posadowsky nicht gerade gefallen.

Die Berliner Nationalliberalen

werden vom Vorstand ihrer Partei aufgefordert, bereits im ersten Wahlgange für die freisinnigen Kandidaten einzutreten. Daß diese Absicht bei den Nationalliberalen bestand, theilten wir schon früher mit; wir haben auch die geringe Bedeutung derselben bereits besprochen.

Lehrer als Reichstags-Kandidaten.

Die „Freisinnige Zeitung" rühmt, daß die beiden freisinnigen Parteien die einzigen seien, die Lehrer für den Reichstag kandidiren. Wir wissen nicht, was die „freisinnigen" Magistrate von Kiel, Nürnberg und Berlin thäten, wenn einer diesen Behörden unterstehender Lehrer wagen würde, als sozialdemokratischer Kandidat aufzutreten. Die Sozialdemokratie kann aus Rücksicht für die Koleranz der Behörden blos Lehrer kandidiren, die nicht mehr im Amte sind, so den früheren Berliner Gemeindelehrer Kunert, den früheren Bremenser Lehrer Schulz, den früheren Lehrer in Wurzen Ad. Thiele; auch bei frühern Wahlen haben die Sozialdemokraten Lehrer aufgestellt, wir erinnern nur an Christensen. In Frankreich und der Schweiz haben die Sozialdemokraten stets aktive Lehrer in parlamentarische Vertretungen gebracht.

Hödel und Nobiling.

In einer Anzahl besonders infamer Ordnungsblätter findet sich ein Leitartikel: „Sollen die Wahlen ein Jubiläum sozialistischen Meuchelmordes werden?" Wir finden den Artikel z. B. in der „Frankfurter Oderztg.; seinen Ursprung hat er von einem der schmutzigsten Organe des Nationalliberalismus, dem „Leipziger Tageblatt", dem Organ des berüchtigten Bruno Sparig und des Hans Blum. Der Artikel bringt die Wahl in Verbindung mit den Attentaten vor 20 Jahren und leistet sich von ordinären Gemeinheiten über die Sozialdemokratie das ordinärste und gemeinste, was der Wahlkampf bisher produzirt hat. Die Sozialdemokraten werden als Leute bezeichnet, „die den Fürstenmord predigen". Es wird gefragt, ob das deutsche Volk den 16. Juni „zu einer Glorifizirung jener Mordthat" machen wolle. Es wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß „im neuen Reichstage nicht die Gesinnungsgenossen und Vertheidiger eines Hödel und eines Nobiling den Ton angeben."

Demgegenüber sei kurz an die Thatsachen erinnert. Hödel und Nobiling waren keine Sozialdemokraten. Hödel, eine verkommene und geistesarme Existenz, suchte sich in Leipzig an die Sozialdemokratie heranzudrängen, wurde aber bereits im März 1878 von den Leipziger Sozialdemokraten abgeschüttelt. Dagegen wurde er freundlich aufgenommen von dem nationalliberalen Parteimacher Bruno Sparig, dem Freunde des „Leipziger Tageblatt". Als Hödel, der es bei allen Parteien versuchte und für den die Parteien nur dazu da waren, um Geld herauszuschlagen, nach Berlin gegangen war und hier wieder bei der Sozialdemokratie anklopfte, wurde ihm sofort die Thür gewiesen. Sein „Attentat" vom 11. Mai 1878 war die That eines Idioten, wie damals selbst die nationalliberalen Blätter zugaben.

Der Dr. Nobiling aber hat nie das geringste mit der Sozialdemokratie zu thun gehabt. Auch er war eine verlorene Existenz und, da er sich das Leben zu nehmen beabsichtigte, wollte er seinen Namen verewigen. Nobiling schoß sich, nachdem er den Kaiser getroffen, selbst eine Kugel in den Kopf; er lebte noch vom 2. Juni bis 10. September, aber die Regierung hat auch nicht das geringste veröffentlichen können, woraus irgendwelche Beziehung Nobiling's zur Sozialdemokratie oder zu sozialdemokratischen Ideen zu folgern gewesen wäre. Nach den Mittheilungen des Arztes, der Nobiling behandelte, habe dieser den Kaiser deshalb erschießen wollen, weil er sich zum Schaden des Volkes von anderen leiten lasse und der Kronprinz selbständiger regieren würde. Bekannt ist ferner, daß Nobiling in Dresden als Nationalliberaler die Sozialdemokratie bekämpft hat und daß er Artikel für agrarische Blätter geschrieben hat.

Hiernach ermesse man die Niedrigkeit der nationalliberalen Presse, die es auch jetzt wieder wagt, die Attentate auf das Konto der Sozialdemokratie zu setzen. Am wenigsten gerade hätten die Nationalliberalen Veranlassung, derartige Wahlmanöver zu unternehmen. Leipziger Nationalliberale waren es, die 1866 die Krone der Wettiner zerstören wollten; Nationalliberale waren es, die am lautesten die Entthronung einer ganzen Anzahl Könige und Fürsten „von Gottes Gnaden" durch das erobernde Preußen feierten.

Offizielle Kandidatur?

Das napoleonische Frankreich wurde wegen seiner offiziellen Kandidaturen immer scharf angegriffen. Soll dieser Mißbrauch sich auch ganz offen bei uns ans Tageslicht wagen? Uns wird nämlich geschrieben: „Wie in Birkenwerder für Herrn Dr. Irmer agitirt wird, kann man daraus entnehmen, daß die Einladung zu seiner Versammlung in der amtlichen Aushängetafel angeschlagen war."

Bismarck für Stumm.

Nach der „Saar- und Blies-Zeitung" hat Freiherr von Stumm-Halberg in einer Wählerversammlung zu Baumholder erwähnt, daß ohne sein Wissen und Willen zwei Herren aus Offenbach an den Fürsten Bismarck die Anfrage gerichtet hätten, ob er in der That mit dem politischen Programm des Frhrn. v. Stumm in Einklang stehe, und daß der Fürst trotz seines leidenden Zustandes sofort am anderen Tage telegraphisch antwortete, daß er es höchst bedauern würde, wenn Herr v. Stumm nicht mehr in den Reichstag käme, und daß er die Wahrung des gegenwärtigen Besitzstandes für durchaus nothwendig halte.

Ob das Herrn von Stumm so viel nützen wird? Was sagt übrigens der Bund der Landwirthe zu dieser Empfehlung des Gegenkandidaten des Bundes?

Beamte im Wahlkampf.

Aus Straßburg i. E. schreibt man der „Deutschen Tagesztg."

„Eine eigenthümliche Erscheinung am politischen Horizont muß es genannt werden, daß die hiesigen Beamten aller Ressorts eine allgemeine Beamtenversammlung abgehalten haben, um zur Reichstagswahl Stellung zu nehmen. Wir sind keine besonderen Verehrer derartiger korporativer Kundgebungen, die stets demonstrativ erscheinen, auf der anderen Seite muß man aber zugeben, daß die Ausführungen der Redner eine gewisse Berechtigung haben. Man erklärte — und das erscheint uns allerdings selbstverständlich —, daß die Kandidatur des Sozialdemokraten Böhle unbedingt zu bekämpfen sei, anderseits aber wurde scharf betont, daß man die Interessen der Beamten in Zukunft besser wie bisher im Reichstage gewahrt wissen wolle. Und dieser letztere Wunsch ist durchaus begreiflich, nachdem die zahlreichen Beamtenpetitionen der letzten Jahre völlig erfolglos geblieben sind. Namentlich ist die Unzufriedenheit der mittleren und unteren Beamten als eine allgemeine zu bezeichnen; in dem betreffenden Beamtenkreise behauptet man nicht ohne Recht, daß die bisher bewilligten Gehaltsaufbesserungen nicht den thatsächlich bedürftigen, sondern beinahe ausschließlich den bereits auskömmlich besoldeten höheren Beamten zu gute gekommen seien. Auch über die jetzige Gestaltung des Dienstaltersstufensystems wurde Klage geführt und nachgewiesen, daß der größte Theil des jüngeren Beamtennachwuchses unter den gegenwärtigen Verhältnissen nahezu niemals in den Genuß der ausgeworfenen Höchstgehälter gelangen könne."

Die Furcht, daß die Beamten unserem Genossen Böhle zum Siege verhelfen werden, scheint demnach recht groß zu sein.

Vergiftete Waffen.

Das Wahlkampfblatt des Bundes der Landwirthe, das „Berliner Blatt", schreibt:

Wir werden den „Vorwärts" um Rechenschaft bitten über die Summen, die bisher im Gesammtbetriebe der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften unterschlagen worden sind, und werden weiter fragen, aus welchen Kassen diese abgängigen Summen immer wieder ersetzt werden. Man hat bislang hierüber noch nie Aufklärung gegeben.

Die Thatsache, daß wir diese Frechheiten ungeändert unseren Lesern und der ganzen sozialdemokratischen Partei vorführen, beweist ihre völlige Haltlosigkeit. Die Herren am Berliner Blatt sollten doch wissen, daß wir auf unseren Parteitagen genau Rechnung legen, daß dort jeder Delegirter die Bücher und Belege des Parteikassirers einsehen kann und daß unsere Kongresse sich durch die Länge und Gründlichkeit der Verhandlungen in bester Weise unterscheiden von den Vorstellungen im Zirkus Busch, wo 5—6 Stunden nicht nur Weltgeschichte gemacht, die Agrar- und einige andere Fragen gelöst werden, sondern auch der Leitung des Bundes der Landwirthe Decharge ertheilt wird.

Die Enthüllungen über den Thomasphosphat-Schwindel sind ja ein schweres Unglück für die Bündler, sie schaffen aber die Wirkung dieser Enthüllungen auf die Wahlen nicht aus der Welt.

In Sachsen-Altenburg

kandidirt wieder B. E. Buchwald für die Sozialdemokratie, nicht wie irrthümlich in unserer Liste angegeben war, Wehder.

Von der Agitation.

Am vergangenen Sonntag haben unsere Parteifreunde wiederum zahlreiche Versammlungen besonders auch in ländlichen Distrikten abgehalten. Fast allgemein wird der Besuch als ein vorzüglicher geschildert und die Begeisterung für unsere Sache wächst in überraschender Weise. Die Versammlungen der Gegner weisen lange nicht die zahlreiche Betheiligung auf und vielfach gelingt es diesen nur mit unseren Parteifreunden die Versammlungen zu füllen. Greifen unsere Parteigenossen in der Diskussion geschickt ein, so haben sie nicht selten die Stimmung zu unseren Gunsten vollständig beeinflußt. Die Saalabtreibungen stehen natürlich in voller Blüthe und wo unsere Parteigenossen versuchen, unter freiem Himmel zusammenzukommen, macht die Behörde gleichfalls Einwendungen und verhindert die Arrangements mit der Begründung, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört werde. Nur an einigen Orten ist es uns gelungen, die Genehmigung zur Abhaltung solcher Versammlungen zu erlangen. So war in Plauen im Voigtland kein Saal zu bekommen und mußten unsere Parteifreunde 20 Minuten von der Stadt entfernt auf einem großen Hof die Versammlung abhalten. Trotzdem war der Besuch ein glänzender; über 2000 Personen nahmen an der Versammlung theil und folgten mit sichtlichem Interesse den Ausführungen Bebel's. Die Befürchtungen, die selbst in Parteikreisen gehegt wurden, daß bei dem am selben Tage stattfindenden Vogelschießen auf keinen guten Besuch gerechnet werden könne, traf nicht ein, vielmehr zeigte sich eine überraschend rege Betheiligung. Am Freitag und Sonnabend hatte Bebel in zwei gut besuchten Versammlungen in Fürth und Nürnberg gesprochen. Genosse Wurm hielt im Laufe der letzten Woche mehrere Versammlungen im Geraer Kreis ab, die alle aufs beste verliefen und auch in der ländlichen Bevölkerung eine starke Zunahme der Partei-Anhängerschaft zeigten. Am Sonnabend referirte Genosse Rob. Schmidt in Wilhelmshafen vor einer Versammlung, die von über 2000 Personen besucht war. In Oldenburg, wo derselbe Redner am Sonntag sprach, läßt sich die Zahl der Theilnehmer auf 400 schätzen. Flugblätter verbreiteten unsere Parteifreunde in Breslau (Land) 40 000, in Militsch-Trebnitz und Wartenburg-Oels 10 000, in Mainz das zweite Flugblatt in einer Auflage von 40 000 und in Altenburg 40 000. Von Stralsund wurden 25 000 hinausgesandt und hoffen die Parteigenossen auf Rügen einen guten Stimmenzuwachs zu erhalten. Die Wahlkreise Harburg-Burtehude und Düsseldorf hatten je 15 000 Exemplare zur Vertheilung gebracht. In Hamm hatten die Verbreiter einige unliebsame Renkontres mit den Bauern, die aber schließlich ohne ernste Zwischenfälle abliefen. Die Vertheilung mußte an diesem Ort so besorgt werden, daß immer einer von den Parteigenossen vor dem Gehöft stehen blieb, um im geeigneten Momente den Verbreiter, der hineingegangen war, zu beschützen.

Eine Wählerversammlung sollte am Sonnabend in Brielow im Wahlkreise West-Havelland in einer Scheune abgehalten werden. Der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Peus aus Dessau, wollte sich in dieser den Wählern von Brielow und Umgegend vorstellen. Die Versammlung wurde jedoch verboten, da die Scheune den Anforderungen nicht genügen soll, die polizeilich an ein Versammlungslokal gestellt werden müssen.

Aus Oberschlesien: Endlich 1½ Wochen vor der Wahl hat auch der oberschlesische Freisinn daran gedacht, mobil zu machen. Zu einer lebhaften Wahlbewegung dürfte er es kaum bringen, da er hier auf einem verlorenen Posten steht. In Beuthen-Tarnowitz ist Justizrath Munckel als Kandidat nominirt worden. In den übrigen Wahlkreisen haben es die Freisinnigen noch nicht einmal zur Aufstellung der Kandidaten gebracht.

In Stralsund fand am Mittwoch voriger Woche eine Versammlung statt, in der Herr v. Langen, der Kandidat der staatserhaltenden Parteien, sprach. Da unseren Parteigenossen kein Lokal zur Verfügung steht, waren sie ziemlich zahlreich angetreten und mögen von den 400 Theilnehmern wohl 300 Sozialdemokraten gewesen sein. In der Diskussion trat Genosse Genzen sehr wirkungsvoll für unsere Partei gegen den Referenten auf.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurde in Cleve-Geldern von dem Zentrum Herr Schoniner; in Salzwedel-Gardelegen von den Freisinnigen Alb. Träger-Berlin; in Meppen von den Nationalliberalen Landrath Kriege-Bentheim; in Cloppenburg-Vechta vom Bund der Landwirthe der Landtags-Abgeordnete Gutsbesitzer Meyer; in Bonn-Rheinbach vom Zentrum der Reichsgerichtsrath Dr. Spahn.

Der Kandidat der freisinnigen Volkspartei in Arnstadt, Rechtsanwalt Jänecke, hat seine Kandidatur zu gunsten des Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung Landtags-Abgeordneten Brömel-Stettin zurückgezogen. Es stehen also zur Wahl Brömel, der auch die Unterstützung der Nationalliberalen hat, und Oberamtmann Börner-Greußen, der vom Bund der Landwirthe und den Konservativen aufgestellt ist, in seinem Wahlaufruf aber verspricht, der nationalliberalen Fraktion beizutreten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juni.

Deutsches Reich.

Für Herrn v. Miquel giebt es jetzt eine prächtige Gelegenheit, Geld für den preußischen Staatshaushalt zu verdienen. Das Thomas-Phosphatmehl-Geschäft des Bundes der Landwirthe stellt sich als ein rein kaufmännisch betriebenes Geschäft dar, für das aber sicherlich keinerlei Gewerbesteuer, vielleicht überhaupt keine Steuer bezahlt wurde. Wie wäre es mit einem recht einträglichen Verfahren wegen Steuerhinterziehung? Besonders gut wäre es, schnell zuzugreifen, bevor der Bund sein ganzes Geld für die Wahlagitation verplempert hat.

Herr v. Miquel, diese Gelegenheit, Geld zu machen, dürfen Sie sich nicht entgehen lassen. —

Zur Thomas-Phosphatmehl-Frage wäre von den Organen des Bundes der Landwirthe noch eine nicht verklausulirte Antwort zu heischen, ob das Thomasphosphat-Kartell nicht hie und da auch mehr als 15 pCt. Rabatt dem Bunde gewährt hat. In der Wahlagitation gegen bündlerische Kandidaten wird es sich empfehlen, die Erklärung des landwirthschaftlich-technischen Ausschusses der Bundesleitung ganz zu verlesen und allgemeinverständlich objektiv zu kommentiren. Darüber werden die Bündler vom Hahn bis zum Plötz eine Freude haben, daß ihnen die Thränen aus den Augen rinnen werden. —

Der Strafvollzug in deutschen Gefängnissen war Gegenstand der Verhandlung auf der letzten Sitzung der VI. deutschen Landesversammlung der internationalen kriminalistischen Vereinigung, die eben in München getagt hat. Einige Redner griffen entschieden die von den deutschen Landesregierungen vereinbarten Grundsätze über den Vollzug der Freiheitsstrafen an. Landgerichtsdirektor Felisch aus Berlin stellte fest, daß sie in zahlreichen Punkten erheblich sogar hinter dem zurückbleiben, was der Regierungsentwurf eines Strafvollzugsgesetzes von 1879 bewilligte. Dieser stellte das Prinzip fest, daß mit der Einzelhaft auf mindestens drei Monate zu beginnen ist, forderte auch nicht die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu deren längerer Fortdauer gegen Jugendliche; jetzt ist nur vorgesehen, daß vorzugsweise Einzelhaft bei bestimmten Strafen eintritt. Damals wurden jährliche Revisionen durch die Aufsichtsbehörden, jetzt zweijährliche, damals Bewegung im Freien für jeden Gefangenen auf täglich eine Stunde, jetzt da, wo es thunlich ist, auf eine halbe Stunde, damals täglicher Besuch jedes Gefangenen durch Gefängnißbeamte zu mindestens vier Malen, jetzt mehrmals, vorgeschrieben. Der Mindestluftraum ist herabgesetzt, getrennte Schlafräume nicht einmal für Neubauten angeordnet und selbst eine Einheitlichkeit für Selbstbeköstigung nicht erzielt. Als mindestes, was im Wege weiterer Vereinbarung unter den Bundesregierungen festzusetzen ist, bezeichnete Felisch die Einsetzung einer Reichsbehörde für Strafvollzug, eine weitere Differenzirung in der Vollstreckung der Zuchthaus- und Gefängnißstrafen, die Aufhebung oder doch wesentliche Einschränkung des Strafvollzuges an kleinen Amtsgerichtsgefängnissen, einheitliche Vorschriften über die Behandlung der Rückfälligen und der Jugendlichen, Festlegung einer Mindestzahl der Unterrichtsstunden, obligatorische Einsetzung einer Konferenz der Strafanstaltsbeamten und Abgrenzung ihrer Zuständigkeit, sowie den Erlaß von Normen über die Fürsorge für Strafentlassene.

Die gleiche Forderung erhob Sanitätsrath Leppmann-Berlin für die geisteskranken Gefangenen. Er wies darauf hin, wie zahlreiche Geisteskranke, welche als solche nicht erkannt werden, sich in den Strafanstalten befinden, und bezeichnete es als beispiellos, daß nach den neuen Grundsätzen Dunkelarrest in Verbindung mit Kostentziehung und hartem Lager auf die Dauer von acht Tagen ohne jede Unterbrechung verhängt werden darf. Geh. Ober-Regierungsrath und vortragender Rath im Reichsjustizamte v. Tischendorf legte die Grundgedanken dar, von welchen die verbündeten Regierungen beim Erlasse der Grundsätze ausgegangen sind. Man mußte ein Uebergangsstadium zu einem späteren Strafvollzugsgesetze

schaffen, weil zu befürchten war, daß sonst dessen Erlaß dermaleinst dadurch sehr werde gefährdet werden, daß die Einzelstaaten in der Strafvollstreckung sich immer mehr von einander entfernen. Bei der Art des erfolgten Uebereinkommens mußte dieses einstimmig geschehen, und mancher Staat wollte die ihm liebgewordenen Eigenthümlichkeiten nicht aufgeben. Dadurch ist es gekommen, daß so viele partikulare Einzelheiten aufrecht erhalten worden sind, und so häufig sich der Ausdruck „thunlich, thunlichst, der Regel nach" in den Grundsätzen findet. Diese wollten eben nur Ziele aufstellen. Anträge Felisch, die Einsetzung einer Reichsbehörde für Strafvollzug und den Erlaß von Vorschriften über Fürsorge für die Strafentlassenen schon jetzt zu fordern, wurden gegen starke Minderheiten abgelehnt. Zur Annahme gelangten folgende Thesen Engelberg mit Amendements Felisch und Leppmann.

I. Der von den verbündeten Regierungen gewählte Weg der Vereinbarung über gewisse Grundsätze des Strafvollzugs ist zwar nicht im Stande, die nur im Wege der Strafrechtsreform herbeizuführende Verbesserung des Strafvollzugswesens zu erzielen, wohl aber geeignet, eine größere Einheit im Strafvollzug herbeizuführen.

II. Die vorliegende Vereinbarung hat dies Ziel nicht völlig erreicht, weil sie sich nur auf gerichtlich erkannte Freiheitsstrafen erstreckt und die Regelung vieler Prinzipienfragen vermissen läßt.

III. Es ist dringend geboten, daß die Regierungen sich noch über die Frage der einheitlichen Leitung des Gefängnißwesens in den Einzelstaaten, des Strafvollzuges in den sogenannten kleinen Gefängnissen und der Behandlung geisteskranker und rückfälliger Gefangener, sowie über weitere Unterschiede in der Behandlung der Gefängniß- und Zuchthaussträflinge einigen.

Ueber die rückständige Behandlung „politischer Verbrecher" scheint man von keiner Seite ein Wort verloren zu haben! —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Bochumer Strafkammer verurtheilte den Malergesellen H. Hagel aus Herne wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängniß. —

Oesterreich.

Wien, 7. Juni. Abgeordnetenhaus. Schönerer verliest eine Petition von 2188 Gemeinden gegen die Sprachenverordnungen des Frhrn. v. Gautsch und beginnt sämmtliche 2188 Namen zu verlesen. Der Präsident unterbricht ihn wiederholt und entzieht ihm schließlich das Wort. Schönerer setzt jedoch die Verlesung der Namen fort. Der Präsident ertheilt anderen Rednern das Wort, auch der Ministerpräsident meldet sich zum Worte zur Beantwortung der Interpellation wegen der Grazer Vorgänge. Da jedoch Schönerer die Namen weiter verliest und der Lärm bei den Schönerianern andauert, erklärt der Ministerpräsident, er werde die Interpellation morgen beantworten. Schönerer stellt schließlich den Antrag auf vollinhaltliche Aufnahme der Petition in das stenographische Protokoll. Der Präsident erklärt, er nehme die Wortentziehung zurück, da er nicht gewußt habe, daß Schönerer einen Antrag habe stellen wollen. Das Haus geht schließlich zur Tagesordnung über und setzt die Debatte über die Sprachenverordnungen fort.

Die Obstruktion im Abgeordnetenhause tritt mit größerer Schärfe auf, die Regierung soll deshalb beabsichtigen, das Abgeordnetenhaus von neuem zu vertagen. Niemand, auch der so gewandte Graf Thun, kennt den Ausweg aus der Wirrniß. —

Ungarn.

Budapest, 7. Juni. Abg. Baron Josef Veczey fragt an, ob die Regierung in anbetracht der herannahenden Erntezeit beabsichtige, gegen diejenigen Arbeiter, welche andere Arbeiter aufreizen und Unruhe stiften, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen. Der Interpellant verweist auf die Agitation der sozialistischen Arbeiterpartei unter den Feldarbeitern und führt aus, ein Entgegentreten der Regierung sei unbedingt nöthig.

Baron Banffy bedarf wahrlich solcher Aufforderungen nicht. —

Schweiz.

Bern, 7. Juni. Im Nationalrath wurde der Antrag gestellt, der Bundesrath solle die Einführung des Tabalmonopols unter entsprechender Betheiligung der Kantone am Ertrage prüfen.

Frankreich.

Paris, 7. Juni. In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Radikalen und Sozialisten wollen sich bei der endgiltigen Präsidentenwahl im ersten Wahlgange der Stimmen enthalten, um möglicherweise eine Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeizuführen. Ferner soll eine Interpellation über die allgemeine Politik erst eingebracht werden, sobald die Mandate mehrerer konservativer Deputirten für ungiltig erklärt sind, da das Kabinet dann leicht seine Mehrheit verlieren würde.

Paris, 7. Juni. Der Ministerrath beschloß in seiner heute im Palais Elysee abgehaltenen Sitzung, zahlreiche wegen der jüngsten Unruhen in Algerien verurtheilte Personen zu begnadigen. —

Paris, 5. Juni. (Eig. Ber.) Die neue sozialistische Fraktion hat sich nunmehr konstituirt. Sie umfaßt die sozialistischen Abgeordneten sämmtlicher Richtungen ohne Ausnahme. Auch der freilich von den früheren drei allemanistischen Abgeordneten einzig wiedergewählte Renou ist der Fraktion beigetreten. Als prinzipielle Grundlage der parlamentarischen Einigung ist das Millerand'sche Einigungsprogramm von 1896 angenommen worden. In dem Fraktionsmanifest werden die drei Grundsätze jenes Programms wie folgt formulirt: 1. „Das Grundprinzip der sozialistischen Partei ist die Erlangung der politischen Macht durch das organisirte Proletariat." 2. „Wir wollen vorbereiten die Umwandlung in soziales Eigenthum der Produktions-, Verkehrs und Kreditmittel, welche bereits ihren individuellen Eigenthümern (d. h. den kleinen, selbstarbeitenden Eigenthümern. Anm. des Berichterstatters) durch den kapitalistischen Feudalismus entrissen worden sind." 3. Der Internationalismus wird also begründet: „Dem historischen Recht, welches die Gewalt geschaffen und welches die Gewalt in andere Hände überträgt (déplace), ohne es zu modifiziren, — setzen wir entgegen das Recht der Nationalitäten, beruhend auf einen brüderlichen Frieden zwischen den über ihre Geschicke frei verfügenden Völkern. Dem international organisirten Kapitalismus zum Zwecke der Beherrschung des Weltmarktes und der Niederhaltung der proletarischen Forderungen — ist es nothwendig, das internationale Einvernehmen der Arbeiter entgegenzusetzen."

Ueber die chauvinistische Hatz heißt es gleich im Eingange des Manifestes: „Trotz der Verwirrung, welche Handlanger der Reaktion, koalirt hinter einer gelegentlichen Zweideutigkeit, anzurichten versucht haben, trotz der Aufhetzungen eines prahlerischen Chauvinismus, der nichts gemein hat mit dem Patriotismus von Bürgern, die entschlossen sind, ihrem Lande den ihm in der Welt gebührenden Ehrenplatz zu erhalten, — werden die Offenheit und Klarheit, mit denen wir unsere Gerechtigkeitsgrundsätze, sowie unsere Mittel und unseren Zweck der sozialen Befreiung bekräftigt haben, uns den Muth und die Kraft verleihen, eine Pflicht zu erfüllen, deren Charakter und Umfang wir im Voraus bestimmt und ermessen haben."

Schließlich wird das unmittelbare parlamentarische Aktionsprogramm festgestellt. Die Fraktion wolle, ohne in parlamentarische Koulsoir-Intriguen sich einzulassen, auf die Verwirklichung von Reformen hinarbeiten, die dem Zwecke der vollständigen gesellschaftlichen Befreiung dienlich sind, und im besonderen werde sie eintreten, für Herabsetzung der militärischen Dienstzeit und deren Gleichheit für alle Bürger, für die allgemeine Alters- und Invalidenversorgung (für industrielle und landwirthschaftliche Berufe), für die Regelung der Arbeitsbedingungen (Arbeiterschutz), für eine Steuerreform, progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer. „Zugleich wollen wir in loyaler und unbedingter Weise jeden Vorschlag unterstützen, von welcher Seite er auch kommen, so ungenügend und unvollständig er auch sein mag, der den Charakter einer ökonomischen, politischen und sozialen Verbesserung aufweisen oder auf die Befestigung der wenigen Errungenschaften der Demokratie in den 28 Jahren Republik abzielen wird."

Es ließe sich zwar gegen gewisse Wendungen des Manifestes manches einwenden. Aber es handelt sich eben um ein Einigungs-, also um ein Kompromißwerk, welches allen zu einigenden Elementen Rechnung tragen muß. Unbedingt ist es als ein bedeutsamer Fortschritt zu begrüßen, daß die neue Fraktion, im Gegensatz zu der alten, mit einem ziemlich fest umrissenen proletarisch-internationalen Programm ins Leben tritt.

Das Manifest ist unterzeichnet von 87 Abgeordneten, um acht weniger als die Fraktion nach der ursprünglichen Aufstellung zählen sollte. Ein Sozialist, der unbedingt der Fraktion beitreten würde, Letong-Montluçon, ist nachträglich durch die amtliche Nachprüfungskommission des Ortes um sein Mandat geprellt worden, indem für den Regierungskandidaten eine Mehrheit von drei Stimmen herausgemogelt wurde. Die Kammer dürfte die „Wahl" des Regierungskandidaten durch die Beamtenkommission annulliren. Bleiben mithin sieben als sozialistisch gewählte Abgeordnete, die das Manifest nicht unterzeichnet haben, darunter drei bisherige Abgeordnete. Erst die nächsten Tage werden zeigen, ob die sieben sämmtlich absichtlich und nicht wegen momentaner Abwesenheit das Manifest nicht unterzeichnet haben. —

Belgien.

Von der Zuckerprämien-Konferenz. Dem Brüsseler „Soir" zufolge beurtheilt man hier den Erfolg der Zuckerkonferenz als sehr zweifelhaft, weil Frankreich nur auf die direkte Ausfuhrprämie von 8 Franks, nicht aber indirekte Prämie von 7 Franks verzichten will. Die französischen Delegirten, geführt vom Exkabinetchef Ribot, sind in Brüssel eingetroffen. —

England.

Belfast (Irland), 6. Juni. Heute fand hier eine Prozession der irischen Nationalisten statt. Nach derselben griffen mehrere tausend Orangisten (protestantische Irländer) die Polizei wiederholt an. Letztere wurde überwältigt und in ihre Kasernen zurückgedrängt. Mehrere berittene Schutzleute wurden schwer verletzt, einer konnte nur dadurch vom Tode gerettet werden, daß die Polizei die Revolver zog. Die erregte Menge riß sodann das Straßenpflaster auf, um die Steine als Wurfgeschosse zu benutzen. Als eine Schwadron Dragoner und zwei Kompagnien Infanterie auf dem Platze erschienen, wurde die Ruhe wiederhergestellt. Die Menge begrüßte die Truppen jubelnd und sang: „Rule Britannia." Es wurden etwa 20 Verhaftungen vorgenommen. Man befürchtet neue Ausschreitungen, da die Stimmung der Orangisten äußerst erbittert gegen die Polizei ist. Der 6. Juni ist der Jahrestag des Ausbruches des Aufstandes vom Jahre 1886, an dem die Polizei sieben Zivilisten erschoß.

Türkei.

Konstantinopel, 6. Juni. Die Delegirten für die Räumung Thessaliens meldeten hierher, daß die letzten drei türkischen Bataillone heute Volo verlassen haben. —

Asien.

Aus Peking wird den „Times" gemeldet: Es wird amtlich bekannt gegeben, daß die Bestimmungen über die Dampfschifffahrt auf den chinesischen Binnengewässern, welche von Sir Robert Hart entworfen waren, vom Tsung-li-Yamen genehmigt und durch kaiserliches Edikt bestätigt worden sind. Die Bestimmungen sind aber vom Tsung-li-Yamen so abgeändert worden, daß sie die England aus dem Vertrage zustehenden Rechte verletzen. Der britische Gesandte Mac Donald wird eine Berichtigung dieser Einschränkungen verlangen. —

Genugthuung an Frankreich. Aus Paris wird gemeldet: Der Minister des Auswärtigen Hanotaux theilte im Ministerrath mit, China habe Frankreich die wegen der Ermordung des Pater Berthellot in Kouangsi verlangte Genugthuung in vollem Umfange bewilligt, d. h. die Verurtheilung der Schuldigen, die Bestrafung der betreffenden Behörden, die Zahlung einer Entschädigung von 100 000 Franks und den Bau einer Gedächtnißkapelle. Außerdem hat China durch ein besonderes Abkommen Frankreich die Genehmigung zum Bau einer Eisenbahn ertheilt, welche Pachoi, am Golf von Tongking, mit Nan-Ning-fu, im Thale des Sikiang-Flusses, verbinden soll. —

Amerika.

In San Domingo ist die Revolution niedergeschlagen. Die Nachricht von der Ermordung des Präsidenten Heureaux war unbegründet. —

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Das Reichsgericht verwarf die Revision unseres Genossen A. Wabersky vom „Hamburger Echo", der wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft in Stade zu einer Gefängnißstrafe von 2 Monaten verurtheilt ist.

— Der Erste Staatsanwalt in Magdeburg erläßt in der Dienstagnummer der „Volksstimme" eine „Berichtigung", worin er sagt:

„In dem in Nr. 126 der „Volksstimme" enthaltenen Artikel wird mit bezug auf die auf einen Tag und auf eine Terminsstunde erfolgte Vorladung von 14 Setzern behauptet, daß durch diese Aktion der Staatsanwaltschaft der Redaktion Schaden erwachse, die Herstellung der Zeitung verzögert werde und darin ein einzig in seiner Art dastehender Eingriff in den Geschäftsbetrieb liege. Demgegenüber wird festgestellt: Meinerseits ist bei dem königlichen Amtsgericht hier in einer hier anhängigen Strafsache lediglich die Vernehmung der Schriftsetzer der „Volksstimme" als Zeugen in Antrag gebracht worden. Auf die dem Gerichte obliegende Ausführung dieses Auftrages — Anberaumung und Zeit der Termine, Erlaß der Ladungen — einzuwirken, steht mir ein gesetzliches Recht nicht zu. Die Behauptung, daß durch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft die „Volksstimme" geschädigt ist, ist sonach thatsächlich unrichtig."

Diese Erklärung des Staatsanwalts liest sich beinahe wie ein Desaveu der amtsgerichtlichen Ausführung seines Antrags. Vielleicht erscheint nun auch noch das Amtsgericht mit einer Publikation in der „Volksstimme", um die Massenvorladung der Setzer zu rechtfertigen. Den Anlaß zu der für den Betrieb einer Zeitung so störenden Maßnahme hat aber doch der Staatsanwalt selbst gegeben, indem er die harmlose Notiz, worin die Beleidigung der Polizei enthalten sein soll, überhaupt zum Gegenstand eines Prozesses machte. Man kann wohl annehmen, daß er nicht aus eigenem Entschluß, sondern auf grund eines formellen Strafantrags der Polizei dazu gekommen ist, aber das thut nichts zur Sache.

— Die Magdeburger „Volksstimme" hatte in einer Besprechung der Petition, die der deutsche Journalisten- und Schriftstellertag gegen die Anwendung des Groben Unfugsparagraphen auf Aeußerungen der Presse beschlossen hat, zum Schluß gesagt: „In Magdeburg scheint man neuerdings sogar den Groben Unfugsparagraphen gegen den Druckfehlerteufel anwenden zu wollen, der höchste Rekord!" Durch diese Bemerkung fühlte sich der Polizeipräsident Keßler beleidigt. Der verantwortliche Redakteur Müller wurde angeklagt, das Landgericht fand ihn zwar der Beleidigung schuldig, erkannte aber nur auf 20 M. Geldstrafe, während der Staatsanwalt 200 M. beantragt hatte. Bei der Strafabmessung hat das Gericht auf einen Eventualantrag des Vertheidigers Rücksicht genommen, wonach, um ein Bild der Groben Unfugs-Prozesse gegen die „Volksstimme" zu geben, dem Gericht die Akten des Prozesses vorgelegt werden sollten, der wegen der bekannten Notiz über den Unfall eines Segelbootes angestrengt worden ist und mit der Freisprechung des angeklagten Redakteurs endete.

— Der Besitzer des Lehngutes Ruchow bei Sternberg in Mecklenburg-Schwerin, ein Herr Faust, hatte, wie die „Mecklenburgische Volkszeitung" mittheilt, im Dezember v. J. einem Vertheiler sozialdemokratischer Flugblätter auf der Dorfstraße die Umhängetasche gewaltsam von der Schulter gerissen, die hierbei beschädigte Tasche mit Inhalt an sich genommen und trotz Protestes nicht wieder herausgegeben, sondern war damit weggegangen. Es wurde Strafantrag wegen Nöthigung und Sachbeschädigung gegen ihn gestellt, Staatsanwaltschaft und Ober-Staatsanwaltschaft lehnten es aber ab, Anklage zu erheben, weil der Gutsbesitzer — wenn auch irrthümlich — gemeint habe, er sei als Ortsbehörde zu einem derartigen Vorgehen, sowie zu einer Beschlagnahme der Flugblätter berechtigt gewesen. Diesem ablehnenden Bescheid ist auch das Oberlandesgericht in Rostock beigetreten. Es entschied: „Kann es nicht widerlegt werden, daß der Beschuldigte sich, wenn auch irrthümlich, ein Recht zur Beschlagnahme der Flugblätter beigemessen hat, so kann gegen denselben auch der Beweis nicht erbracht werden, daß er sich der Widerrechtlichkeit seiner Handlung bewußt gewesen ist; die Erhebung der öffentlichen Klage ist daher mit recht abgelehnt."

Unserer Ansicht nach muß im Gegentheil von jeder Ortsbehörde vorausgesetzt werden, daß sie wenigstens die hauptsächlichsten Gesetze kennt. Wenigstens ist der Zweifel daran schon oft genug zum Gegenstand von Beleidigungsprozessen gegen deutsche Zeitungsredakteure gemacht worden. Ist der Staatsbürger insofern sogar verpflichtet, bei der Polizei Kenntniß der Gesetze vorauszusetzen, so muß es auch Sache der Polizei selbst sein, zu beweisen, daß sie eine amtswidrige Handlung aus wirklich entschuldbarem Irrthum vorgenommen hat, was mit einer für das Publikum überzeugenden Wirkung nur im Wege des öffentlichen Gerichtsverfahrens geschehen kann.

— Der Parteigenosse Hermann Goldstein, Redakteur des „Sächsischen Volksblattes" in Zwickau, hat am 4. Juni eine sechswöchige Gefängnißstrafe angetreten, die ihm wegen Beleidigung des Feuerwehr-Kommandanten Gutmann in Krimmitschau auferlegt ist. Sein Gesuch um Aufschub der Strafe wurde abgeschlagen. Goldstein ist Reichstags-Kandidat für den Wahlkreis Meißen-Großenhain.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Korbmacher. In der Werkstatt von Teichert in Britz haben die Arbeiter wegen Lohnabzug die Arbeit niedergelegt. Die Löhne stehen allgemein schon seit langen Jahren in den südlichen Vororten Berlins niedriger als in der übrigen Umgebung Berlins. Ueberhaupt haben sich hier ungesunde Zustände erhalten, welche von den Korbmachern der übrigen Umgebung Berlins längst überwunden sind. Von den hier in Rede stehenden Arbeitern gehören 8 einer Organisation an, einer ist unorganisirt. Die Kollegen werden gebeten, den Zuzug möglichst fern zu halten und die 8 organisirten Kollegen, welche es sich zur Aufgabe gemacht haben, die indifferenten Kollegen der südlichen Umgebung Berlins zu organisiren, in diesem Bemühen zu unterstützen. Das Komitee.

In Velten i. M. befinden sich die Töpfer in Lohndifferenzen.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauarbeiter. In Ketzin a. d. Havel haben die Maurer des Unternehmers Meißel die Arbeit eingestellt, weil ein Verbandsmitglied gemaßregelt wurde. — Die Maurermeister und Bauunternehmer von Halle haben am Freitag beschlossen, sämmtliche Maurer, Zimmerleute und Bauarbeiter auszusperren, wenn nicht bis Sonnabend, den 11. Juni, die Arbeit auf allen Bauten wieder aufgenommen worden ist. Zur Ausführung ist der Beschluß also noch nicht gekommen; unsere gestrige Meldung war nach dieser Richtung hin unrichtig. — Der Maurerstreik in Preetz ist zu gunsten der Maurer beendigt. — 300 Maurer in Greiz haben beschlossen, in den Streik einzutreten, da ihre Forderungen in bezug auf Lohn und Arbeitszeit seitens der Meister abgelehnt worden sind. — In Braunschweig dauert der Streik der Maurer und Bauarbeiter fort, da die Arbeitgeber erklären, sich auf die Forderungen der Ausständigen nicht einlassen zu wollen. Alle Anfragen und Sendungen für die Maurer sind an Fritz Wagener, „Rheinischer Hof", Wendenstraße 45, für die Bauarbeiter an Gustav Müller, ebendaselbst, zu richten.

Der Streik in der Anhaltischen Holzindustrie-Aktien-Gesellschaft ist nach einwöchentlicher Dauer zu gunsten der Arbeiter beendet.

Der Ausstand der Brauerei-Arbeiter der Feldschlößchen-Brauerei Kappel-Altendorf bei Chemnitz ist beendet, nachdem seitens der Direktion den Angestellten die hauptsächlichsten Forderungen bewilligt wurden.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Kaiserslautern siegte die Liste des Gewerkschaftskartells mit ²/₃ Majorität.

In Koburg haben die ausgesperrten Steinarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Unternehmer den bekannten Revers zurückgezogen haben.

In München befinden sich noch immer 80 Tischler im Ausstand. Einigen Firmen ist es gelungen, Streikbrecher zu bekommen, andere suchen sich damit zu helfen, daß sie ihre Arbeiten in anderen Tischlereien anfertigen lassen. Die Gehilfen haben aber nun beschlossen, solche Arbeit zurück zu weisen.

Die schwerste Strafe demjenigen u. s. w. Die in Hof erscheinende „Oberfr. Volksztg." berichtet, wie ein Maurermeister an seinen Polier schreibt, daß er gezwungen sei, eine Reihe Arbeiter, die im Briefe namhaft gemacht sind, entlassen müsse, trotzdem er sehr mit ihnen zufrieden sei, weil ein Fabrikant, für den er Bauten ausführt, ihm anderenfalls keine Arbeit mehr giebt.

Soziales.

Eine Statistik der deutschen Krankenversicherung auf den Zeitraum 1891 bis einschließlich 1896 veröffentlicht das kaiserliche Statistische Amt. Wir geben zum Vergleiche einige Ziffern aus dem Jahre 1891 und aus dem Jahre 1896 wieder.

Es betrug die Zahl der	im Jahre 1891	im Jahre 1896
Gemeinde-Krankenversicherungen	8145	8451
Mitglieder	1 166 893	1 337 962
Orts-Krankenkassen	4219	4523
Mitglieder	2 900 004	3 660 732
Betriebs-Krankenkassen	6244	6796
Mitglieder	1 730 303	2 082 475
Bau-Krankenkassen	132	103
Mitglieder	27 203	24 609
Innungs-Krankenkassen	467	566
Mitglieder	78 064	132 081
Eingeschr. Hilfskassen	1841	1410
Mitglieder	838 481	697 546
Landesrechtl. Hilfskassen	450	262
Mitglieder	138 883	59 415
aller Kassen überhaupt	21 498	22 111
Mitglieder	6 879 921	7 944 820

Arbeiter-Risiko. In Heidenau bei Pirna an der Elbe explodirte in der Harlau'schen Papierfabrik ein erst seit zwei Tagen benutzter Trockenzylinder. Dabei kam der Maschinist Langer ums Leben, drei andere Arbeiter erlitten leichte Verletzungen. Ein im Augenblick der Explosion an dem Gebäude vorüberfahrender Bierkutscher wurde schwer verwundet.

In dem Porphyrwerk von Espenslied bei Bergzell wurden am Sonnabend zwei Steinbrecher verschüttet und als Leichen hervorgezogen. Der Betrieb des Porphyrwerkes ist, da vor kurzem schon einige Italiener verschüttet worden sind, nunmehr eingestellt. Warum nicht früher?

Nach dem letzten Jahresbericht des Wurmknappschafts-Vereins zu Bardenberg im Wurmkohlenrevier sind von den 8204 kurberechtigten Mitgliedern 7784, gleich 94,9 pCt. (!) ärztlich behandelt

worden. Hiervon blieben 3399 Mitglieder während der Dauer ihrer ärztlichen Behandlung noch in Arbeit, außerdem sind eingerechnet 360 Invaliden. Es bleiben sonach 4025 Personen, daß ist 51,5 pCt. aller aktiven Mitglieder, die vorübergehend oder dauernd wegen Erkrankung die Arbeit einstellen mußten. Normal ist das gewiß nicht, selbst dann nicht, wenn man etwa 500 Personen abrechnet, welche von Influenza heimgesucht wurden, so bemerkt die „Frankf. Ztg.", der wir diese Meldung entnehmen.

Unternehmer-Verbände.

Das Arbeitsnachweis-Bureau der Freien Vereinigung Berliner Pianoforte-Fabrikanten und verwandter Berufsgenossen ist, entsprechend den Beschlüssen der Generalversammlung vom 5. Mai d. Js., am 1. Juni und zwar Adalbertstr. 81 unter der Leitung des Herrn Albert Steffen eröffnet worden und in Thätigkeit getreten. Das Kuratorium desselben, bestehend aus den Herren Ecke, Hancke, Höhne und Langer, giebt über das Bureau in einem Rundschreiben folgendes bekannt: Das Arbeitsnachweis-Bureau ist für die Mitglieder der Freien Vereinigung bei Einstellung neuer Arbeitskräfte obligatorisch. Für jeden eingestellten Arbeiter bezw. jede Arbeiterin hat das betreffende Mitglied der Freien Vereinigung 50 Pf. an die Kasse des Nachweisbureaus zu entrichten; für die Arbeiter und Arbeiterinnen ist die Benutzung desselben kostenfrei.

Wahlversammlungen.

Im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis fanden am Montag Abend zwei Wählerversammlungen statt.

Im Lokale „Sanssouci" sprach der Reichstags-Abgeordnete Fischer. Er hob hervor, daß, je mehr man dem Tage der Wahl sich nähere, um so weniger merke man von einer Agitation der Gegner, man versucht im Gegentheil nach altem System der Führer, die Wahlaufregung künstlich zu unterdrücken und einzudämmen, um so sich der Verantwortung vor den Wählern über die parlamentarische Thätigkeit zu entziehen; augenblicklich aber will man neben diesem das Volk einlullen, um es von den drohenden Gefahren, die am politischen Himmel hängen, abzuwenden. Redner weist nun in großen Zügen nach, daß das legislatorische Wirken der Vertreter der bürgerlichen Parteien im Reichstage — von der Militärvorlage bis zur Militär-Strafprozeßordnung — ein fortgesetztes Aufgeben und Verrathen der Interessen und Rechte des Volkes war. Scharf ging er ins Gericht mit denjenigen Herren „Volksvertretern", die, wünschen sie ihre Sonderinteressen zu vertreten und durchzudrücken, sich mit Vorliebe hinter dem Rock des Monarchen verbergen. Das Verhalten der Freisinnigen, an deren Spitze Eugen Richter mit seiner „Freisinnigen Zeitung", unterzog Redner einer vernichtenden Kritik, bei dieser Gelegenheit auch das neueste Flugblatt für die Kandidatur Langerhans, ein Musterwerk politischer Kurzsichtigkeit, gewürzt mit Verdrehungen, Verdächtigungen und Pöbeleien gegen die Sozialdemokratie unter wiederholtem stürmischem Beifall der Versammelten in das richtige Licht rückend. Endlich schenkte Redner neben der konservativen auch der Partei der Konfusionäre, den Antisemiten, einige Worte, bemerkend, daß es eigentlich zu viel der Ehre sei, die man ihr anthue, jedoch müsse man diese erwähnen, da ein Typus der Reaktion und Arbeiterfeindlichkeit, Dr. Bachler, im 3. Kreise kandidire und unter Handwerkern und Arbeitern Stimmenfang treibe. Er hoffe, daß jeder Arbeiter und Wähler, will er seine Freiheit und Rechte gewahrt wissen, am 16. Juni dem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme geben wird und neben diesem seine Kraft insofern zur Verfügung stellen wird, daß der Kandidat der Arbeiter bereits im ersten Wahlgange mit erheblicher Majorität aus dem Kampfe hervorgehen wird. Die Wahlparole für Arbeiter muß sein: Hier Arbeiter, da Ausbeuter Arm in Arm mit der Regierung, so muß der Sieg der unsere sein! (Stürmischer Beifall.) Trotz wiederholter Aufforderung meldeten sich Gegner nicht zum Wort; Genosse Heine, der sozialdemokratische Kandidat, schloß sich alsdann kurz den Ausführungen des Referenten an, betonend, daß es seine Pflicht sein werde, auf dem Boden des Klassenkampfes die Rechte des Proletariats zu verfechten und zu bewahren und dem deutschen Volke Ansehen und den ehrlichen Namen wieder zu gewinnen. Nach einer energischen Aufforderung an die Pflicht am 16. Juni schließt er mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmte, dem sich alsdann ein Hoch der Versammlung auf den Kandidaten Heine anschloß.

Die Versammlung in den „Arminhallen", in welcher der Reichstags-Abgeordnete Kunert referirte, erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Seinen Vortrag, der die bürgerlichen Parteien und die Reichstagswahl zum Thema hatte, leitete der Redner mit einem kurzen Ueberblick über die Entwickelung der Sozialdemokratie im dritten Wahlkreise ein, dann ging er zur Entwickelung der Sozialdemokratie im allgemeinen über, um schließlich seine Ausführungen speziell auf die Frage zu lenken, wo das vom Volke in direkten und indirekten Steuern aufgebrachte Geld bliebe. Die Antwort aber auf diese Frage sei, daß in den beiden letzten Jahrzehnten für Heer, Marine und Offizierspensionen nicht weniger als achtzehn Milliarden ausgegeben worden seien, obwohl bei jeder Gelegenheit immer betont wurde, daß überall der tiefste Frieden herrsche. Nach einer näheren Zergliederung und Beleuchtung der in betracht kommenden Steuern wendet sich der Redner zu den Unzulänglichkeiten unserer sogenannten sozialen Schöpfungen von seiten der Regierung, um schließlich auf das Vorgehen der in diesem Kreise in Frage kommenden Gegner eingehender hinzuweisen. Verschiedene freisinnige Flugblätter, die unter großer Heiterkeit der Anwesenden verlesen wurden, gaben die rechte Illustration für diese Partei, sodaß das Schlußwort des Referenten, am 16. Juni mannhaft und muthig für die Sozialdemokratie einzutreten, von brausendem Beifall begleitet wurde, der dem Redner für seinen interessanten Vortrag dankte. — Nach einer kleinen Diskussion, die einzelne Stellen des Referats noch besonders betonte, schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Herr Langerhans unternahm es am Montag in einer freisinnigen Wählerversammlung des dritten Berliner Wahlkreises, die Sozialdemokratie zu tödten. Mit der alten Phrase, die Freisinnigen, vor allem die gebildeten Bürger allein hätten 1848 die Volksrechte erobert und durch einen zweijährigen Kampf in den Jahren 1864—1865 das Koalitionsrecht ganz allein erreicht, versuchte er die Arbeiter zu ködern. Er meinte, die Vereinigungsfreiheit wollten auch die Freisinnigen den Arbeitern verschaffen. Dann jedoch kam das bekannte „Aber" — die Arbeiter dürften keine „unberechtigten, unglücklichen" Streiks führen. Hinterher zeigte der alte Freisinnsmann, daß er es auch für ganz richtig halte, wenn man den Mund recht voll nimmt, und, wenn es zur That kommt, nicht mitmacht. Die Abstimmungen im Reichstag, die jeder klar denkende Mensch für einschneidend und ausschlaggebend halten muß, nannte der alte Herr „Kleinigkeiten"! Auch auf die Debatten über Militär-Mißhandlungen kam er zu sprechen. Er mußte anerkennen, daß durch Bebel's uneigennütziges, thatkräftiges Wirken hierin wesentlich Wandel geschaffen sei; dennoch meinte er, man dürfe diese Wahrung berechtigter Interessen nicht mitmachen. In einer Ausführung über die Regierungsfähigkeit der Freisinnigen gestand er deren ganzes erbärmliches Streberthum ein. Die Diskussion wurde von einem „kleinen Mann" eröffnet, der gegen die Konsumvereine, damit also auch gegen die Lehrervereine seiner Genossen wetterte, seine kleinen persönlichen Schmerzen klagte und der konservativen Partei zu würdiger Zierde gereicht hätte. Aus solchen unpolitischen, den wirthschaftlichen Zuständen und dem vorwärts dringenden Zeitgeist unverständig gegenüberstehenden „Herren" bestand der größte Theil der anwesenden Freisinnigen. Unser Genosse Weinschild, der die ganze arbeiterfeindliche und fortschrittsfeindliche Taktik der Freisinnigen in sachlicher Rede aufdeckte und auf den Kommunalfreisinn hinwies, wurde durch ganz pöbelhafte Zurufe, die das innere Wesen dieser Freisinnigen zur genüge bloßlegten, unterbrochen. Herr Rektor Kopsch verleumdete die Sozialdemokratie und die Arbeiter in ganz unglaublicher Weise. Einen Arbeiter, der hier und da, wie es die Freisinnigen bei den Sozialdemokraten gemacht hatten, einiges zwischen rief, nannte er einen dummen Burschen. Nichts kennzeichnet wohl besser die feine Bildung der kapitalistischen Freisinnigen! Auch mit dem alten Mätzchen, daß die Sozialdemokratie die Familie zerstören wolle, paradirte Herr Kopsch wieder. Alle Freisinnigen, auch der alte Herr Langerhans, duldeten ruhig diese Verleumdung, ja nahmen sie mit Wohlgefallen auf, so ihren ganzen, böswilligen Unverstand sozialen Verhältnissen gegenüber dokumentirend. Einen anderen Sozialdemokraten, der ihnen den wahren Zerstörer der Familie, das Unternehmerthum, nannte, unterbrachen sie auch vielfach mit Zurufen.

Die Freisinnigen des fünften Wahlkreises hielten am Montag eine Versammlung in der Tonhalle ab, die von 2—300 Personen besucht war. Der Abgeordnete, Rektor Kopsch, wandte sich in seinem Vortrage hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie und meinte, der Freisinn habe dieselbe ebenso scharf zu bekämpfen, wie das Junkerthum. Um seine Zuhörer zu diesem Kampf zu ermuntern, leierte er dann das ganze Register der Verdrehungen und Entstellungen herunter, mit denen die Freisinnskämpen, vom großen Eugen bis zum kleinsten Bezirksvereinslicht, gegen die Sozialdemokratie zu operiren gewohnt sind. Natürlich fehlte auch in der Rede des Herrn Kopsch nicht die alberne Behauptung, die Sozialdemokratie verberge ihr Programm, weil dasselbe die Wähler stutzig machen würde. Damit aber dem verehrten Publikum über die wahren Absichten der Sozialdemokratie die Augen geöffnet würden, unternahm es Herr Kopsch, seine Zuhörer mit dem sozialdemokratischen Programm bekannt zu machen, indem er ihnen ein Zukunftsstaatsbild vormalte, wie es sich in dem Kopfe eines Freisinnigen darstellt. Der erste und der zweite Theil unseres Programms sind nach der von Herrn Kopsch beliebten unwahren Darstellung zwei ganz verschiedene Programme, von denen die Sozialdemokratie bald das eine, bald das andere, oder auch gar keins benutzt. Nachdem Herr Kopsch in solcher Weise sein möglichstes gethan hatte, um den biedern Spießbürger vor der Sozialdemokratie graulich zu machen, setzte der Kandidat des Kreises, Herr Dr. Zwick, seinen Zuhörern einen verdünnten Aufguß von dem Extrakt der Kopsch'schen Rede vor. Zu dieser Versammlung waren nur solche Wähler geladen, welche die Kandidatur Zwick unterstützen wollen. Da diese nicht das Bedürfniß fühlten zu reden, Gegner aber das Wort nicht erhielten, so gab es keine Debatte. Auch die Wortmeldung eines Herrn, der noch vor kurzer Zeit als Vertrauensmann der freisinnigen Volkspartei im dritten Wahlkreise in Aussicht genommen war, jetzt aber Neigungen für die deutsche Volkspartei zeigt, wurde vom Vorsitzenden, Herrn Stadtverordneten Cassel, gar nicht beachtet. Zum Schluß bemühte sich Herr Cassel, auf diejenigen freisinnigen Elemente einzuwirken, welche mit der Haltung der Partei unzufrieden sind und deshalb grollend zur Seite stehen. Mit bezug auf die lebhafte Agitation, welche die sozialdemokratischen Handlungsgehilfen unter ihren Kollegen betreiben, wandte sich Herr Cassel besonders an die Kaufleute und suchte ihnen einzureden, daß die freisinnige Volkspartei, trotz ihrer Haltung gegenüber der Sonntagsruhe und dem Achtuhr-Ladenschluß ein warmes Herz für die Angestellten im Kaufmannsstande habe. Die Freisinnigen wären ja keine Gegner der sozialen Reformen, sie hätten ihre Stellung zu diesen Fragen auch schon erwogen, aber es herrsche unter ihnen noch keine so einmüthige Meinung, daß sie dahingehende Forderungen in ihr Programm aufnehmen könnten. Das dürfe aber die Kaufleute, welche bisher für den Freisinn gestimmt haben, nicht veranlassen, ihrem Verdruß und ihrer Erbitterung dadurch Ausdruck zu geben, daß sie für die Sozialdemokratie stimmen.

Nun, die Handlungsgehilfen wissen sehr wohl, was sie von den „wohlwollenden Erwägungen" der Freisinnigen zu halten haben. Sie werden sich von dieser Partei, die auch für die selbstverständlichsten sozialen Reformen nicht das leiseste Verständniß hat, nicht länger leithammeln lassen.

Der Krieg.

Auf Kuba scheint sich das Kriegsglück gegen die Spanier zu wenden. Eine von Cap Haytien Montag Mittag 1 Uhr 30 Minuten abgesandte Depesche besagt, die Beschießung der Befestigungen von Santiago sowie die Landungen der amerikanischen Truppen dauerten fort.

Das New-Yorker „Evening Journal" veröffentlicht eine Depesche aus Kap Haytien, nach welcher Montag früh nach Tagesanbruch amerikanische Truppen wenige Meilen östlich von Santiago bei Aguadones ausgeschifft wurden. Die Geschütze des Geschwaders des Admirals Sampson hätten die Landung unterstützt, nachdem sie zunächst die Strandbatterien an jenem Platze zum Schweigen gebracht hatten. Das Blatt fügt hinzu, es sei zweifelhaft, ob es sich um eine andere oder dieselbe Landungsunternehmung handle, über die heute bereits aus Kingston eine Meldung eingegangen war.

„Daily Mail" berichtet aus New-York, daß ein großes Gefecht vor und um Santiago stattfindet, welches den ganzen gestrigen Tag angedauert hat. — Die Landung der Amerikaner erfolgte bei Acerraderos (einige Meilen westlich von Santiago de Kuba) und ihre Vereinigung mit den Insurgenten fand statt, nachdem die spanischen Truppen vertrieben und die Batterien zerstört worden waren.

Aus Havana wird heute telegraphirt: Eine spanische Truppenabtheilung hatte einen Kampf mit den Aufständischen, welche die Amerikaner bei ihrer Landung bei Santiago unterstützten; das Resultat des Gefechtes ist noch nicht bekannt. Ein großer Trupp Aufständischer ist in der Provinz Pinar del Rio geschlagen worden; die Aufständischen hatten 17 Todte.

Die Thatsache der Truppenlandung wird somit selbst von den Spaniern zugestanden. Ob es sich um erhebliche Massen handelt, steht noch nicht fest, sicher scheint aber zu sein, daß die Spanier solche Landungen nicht mehr verhindern können.

Auch die Nachrichten von den Philippinen lauten für die Spanier höchst ungünstig.

Wie verlautet, benachrichtigte Admiral Dewey das amerikanische Marinedepartement davon, daß in der Provinz Cavite die Spanier wiederholt von den Aufständischen geschlagen wurden. 50 spanische Offiziere und 1800 Mann seien gefangen genommen worden. Das Arsenal von Cavite wäre zur Aufnahme der amerikanischen Truppen bereit.

Das britische Kanonenboot „Swift", welches in Hongkong von Manila eingetroffen ist, bringt die Nachricht, die Aufständischen hätten die Eisenbahnen außerhalb der Stadt aufgerissen und seien auf vier Meilen an Manila herangerückt. Ein spanisches Regiment habe gemeutert und seine Offiziere erschossen. Es fänden häufig Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Spaniern statt. Die ersteren hätten 1000 Gefangene nach Cavite gebracht. Die Amerikaner sollen die Aufständischen mit Schnellfeuergeschützen unterstützt haben. Priester, welche die Aufständischen gefangen genommen hatten, sollen von ihnen furchtbar mißhandelt sein. Die Bewohner Manila's britischer Nationalität bleiben in der Stadt, die übrigen Ausländer haben sich auf die fremden Schiffe zurückgezogen.

Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Manila vom 2. d. Mts.: Zahlreiche Eingeborene fahnden auf den Führer der Insurgenten, Aguinaldo, um sich die Prämie von 25 000 Dollars zu verdienen, die derjenige erhalten soll, der ihn lebendig oder todt den Spaniern übergiebt. Mehrere Offiziere der Aufständischen sind ermordet worden. Die spanischen Behörden theilen amtlich mit, daß vier Panzerkreuzer mit Torpedobooten und Kohlenschiffen sowie mit zehntausend Mann Truppen von Spanien nach dem Osten abgegangen seien. In einem Treffen zwischen den Aufständischen und einem spanischen vorgeschobenen Posten im Süden von Manila nahe bei Cavite verloren die Spanier 150 Mann; die Aufständischen wurden jedoch gezwungen, sich zurückzuziehen. Obgleich die Spanier ununterbrochen Befestigungswerke rings um Manila aufwerfen, feuern die Amerikaner nicht auf die Arbeitenden, woraus man den Schluß zieht, Admiral Dewey habe keine Munition. Eine Proklamation des Gouverneurs erklärt seine Bereitwilligkeit zur Gewährung erheblicher Zugeständnisse an die Eingeborenen und weist darauf hin, daß die Amerikaner nicht im stande seien, im Innern der Insel irgend welche Unternehmungen durchzuführen.

Wie eine weitere Depesche des „Reuter'schen Bureaus" aus Manila vom 2. d. M. mittheilt, gehen die Aufständischen, vom amerikanischen Kanonenboot „Petrel" unterstützt, längs der Küste vor. Der Stützpunkt der Spanier ist Manila; 4000 Mann sind an die von den Aufständischen bedrohtem Punkte als Verstärkung gesandt worden. Es heißt, die Spanier wären in dem Kampf, über welchen die Nachrichten in Manila am 31. Mai eintrafen, auf der ganzen Linie unter erheblichen Verlusten zurückgeschlagen worden. Es wurde 70 Stunden lang gekämpft, obwohl zur Zeit ein heftiger Sturm tobte. Ein spanisches Eingeborenen-Regiment, dessen Kommandeur, Oberst Aguinaldo, ein Vetter des Führers der Aufständischen ist, ging am 30. Mai zu letzteren über. Der Gouverneur ergreift Maßregeln, um die gesammte spanische Bevölkerung innerhalb der alten Umfassungsmauer unterzubringen; auf den Mauern der Forts werden Kanonen und an den Hauptverkehrswegen Militärposten aufgestellt. Admiral Dewey weigert sich, seine Erlaubniß zum Sturm der halbwilden Horden der Aufständischen auf eine von zivilisirten Menschen bewohnte Stadt wie Manila zu geben. Er besteht darauf, daß Aguinaldo die Ankunft der amerikanischen Truppen abwartet, der für die Zeit zwischen dem 4. und 12. Juni entgegengesehen wird. Bis dahin gestattet Admiral Dewey den Aufständischen auch nicht, den 7 Meilen südlich von Manila gelegenen Malateflluß zu überschreiten. Die amerikanischen Schiffe werden die Aufständischen bombardiren, wenn diese nicht dem Befehle gehorchen. Nach den letzten Nachrichten über die Stellung der Aufständischen halten diese Caloocan im Norden und Bacolor im Süden, dagegen keine Stellung im Osten der Stadt; die Spanier sind im Besitz des ganzen Flusses Pasig bis zur Lagune. Die aufständische Bewegung ist im Norden allgemein. Die Bahnverbindung ist an mehreren Stellen unterbrochen. Lebhafte Kämpfe haben im Süden am Flusse Zapote zwischen Bacolor und Las Pinas stattgefunden; die Spanier schlugen, ohne selbst Verluste zu haben, mehrere heftige Angriffe der Aufständischen zurück, auch erklären sie, am Zapote am 1. Juni einen Sieg davongetragen zu haben; die Anwesenheit der amerikanischen Schiffe vor Cavite allein habe sie gehindert, die Aufständischen zu verfolgen und zu vernichten.

Bei dieser ungünstigen Lage der Spanier auf beiden Kriegsschauplätzen und bei der fürchterlichen Finanznoth, die durch den Versuch, eine neue Anleihe von einer Milliarde Pesetas aufzunehmen, nicht behoben werden dürfte, ist es begreiflich, daß Gerüchte von vorerst indirekten Friedensverhandlungen nicht als unbedingt falsch zu betrachten sind.

Die zweite Ausgabe der „Morning Post" veröffentlicht eine Depesche aus Madrid, die einen Bericht über eine Unterredung ihres Korrespondenten mit dem bisherigen Kolonialminister Moret enthält. Danach erklärte dieser Staatsmann, die gegenwärtige Lage Spaniens sei bei weitem ernster, als allgemein zugegeben werde. Die Regierung habe keinen festen Plan, sondern lasse die Dinge ihren Lauf nehmen, ohne sich um die schließlichen Folgen zu kümmern. Kurz, das spanische Staatsschiff treibe dahin, wie der Strom der Ereignisse es trage. Es geschehe nichts und werde auch gar nichts versucht, um über die Ereignisse Herr zu bleiben. Auch sei es zwecklos zu verhehlen, daß das Kabinet Sagasta trotz der letzten Umbildung kein festes Gefüge mehr habe. In der letzten Zeit sei in der Presse eine Kampagne zu gunsten des Friedens eröffnet worden, die gegenwärtig fortgesetzt werde und auch unter der Masse der Bevölkerung an Boden gewinne. Er sei fest überzeugt, daß, wenn in ganz Spanien ein Plebiszit über die Frage „Krieg oder Frieden" abgehalten würde, die Abstimmung nahezu einstimmig für den Frieden ausfallen würde, und zwar auch bei den Soldaten, die zum größten Theile gegen den Krieg seien.

Einer New-Yorker Drahtung zufolge brachte, wie wir der „Voss. Ztg." entnehmen, „Philad. Record" am Montag eine Washingtoner Sonderdrahtung, der britische Botschafter habe sich beim Präsidenten nach den amerikanischen Friedensbedingungen erkundigt. Nach dem Ministerrath am Sonnabend habe der Präsident am Sonntag dem Botschafter eine Antwort gesandt, die besage, annehmbare Friedensbedingungen seien: Spanien müsse Kuba räumen und Puerto Rico anstatt einer Kriegsentschädigung an die Vereinigten Staaten abtreten, die Philippinen dagegen würden an Spanien zurückgegeben werden; der Krieg werde kräftig fortgesetzt werden, bis diese Bedingungen bewilligt würden. Der Botschafter betonte, er habe seine Anfrage nicht auf Ersuchen Spaniens gestellt, sondern lediglich infolge des Wunsches Großbritanniens nach Herstellung des Friedens. — Eine New-Yorker Drahtung der „Financial News" besagt, Amerika beanspruche ferner einen Flottenstützpunkt und einen Hafen auf den Philippinen, sowie Flottenstützpunkte auf den Ladronen und den Karolineninseln.

Wenn diese Gerüchte auch dementirt werden, so mögen sie verfrüht sein, sie dürften sich bald bewahrheiten. Ein baldiges Ende des Krieges müßte allen Theilen erwünscht sein. Die spanischen Staatsmänner fürchten blos innere Unruhen, deshalb zögern sie, sich offen für den Frieden zu erklären.

Aus Washington wird gemeldet:

Das Repräsentantenhaus hat die vom Senate zu dem Gesetze betreffend die Erhebung neuer Steuern zur Deckung der Kriegskosten angenommenen Amendements verworfen und die Vorlage an eine gemeinschaftliche Konferenz der beiden Kammern verwiesen.

Aus Montreal (Kanada) wird unter dem gestrigen Datum telegraphirt: „Der spanische Lieutenant Carranza und der frühere spanische Legationssekretär in Washington du Bosc sind auf Veranlassung des Detektivs Kellert wegen Konspiration verhaftet worden. Die Verhaftung steht mit der ungesetzlichen Inhaftnahme Kellerts in Zusammenhang, welcher beschuldigt wird, den Brief Carranzas im Interesse der amerikanischen Regierung gestohlen zu haben. Gleichzeitig ist eine Klage auf Schadenersatz in Höhe von 25 000 Dollars eingebracht worden."

Es handelt sich hierbei um die Verhinderung spanischer Spionage, die die amerikanischen Truppenbewegungen auszuforschen sucht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Braunschweig, 7. Juni. (W. T. B.) Ein von ausständigen Maurern veranstalteter Umzug wurde von der Polizei zerstreut. 15 Personen wurden verhaftet.

Wien, 7. Juni. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Präsident v. Fuchs beantwortet die in der letzten Sitzung gestellte Anfrage des Abg. Milewski betreffend das Arbeitsprogramm des Hauses dahin, daß, nachdem in der gestrigen Obmännerkonferenz die Vertreter der Minorität dermalen gegen jede positive Arbeit, also auch gegen die Erledigung der wichtigen Regierungsvorlagen sich aussprachen, er nicht in der Lage sei, dem Hause ein Arbeitsprogramm vorzulegen. Die nächste Sitzung findet am 14. Juni statt.

Der Vertagung des Abgeordnetenhauses bis zum nächsten Dienstag wird eine große politische Bedeutung beigelegt. Man nimmt an, daß die Regierung bis Dienstag ihre Entschlüsse fassen werde. Vielfach ist man der Ansicht, daß der Reichsrath vor Dienstag noch vertagt und nach den Sitzungen der Quoten-Deputationen eventuell geschlossen werde.

Budapest, 7. Juni. (W. H.) Im Gerichtssaale des königlichen Gerichtshofes feuerte der ehemalige Bahnmaschinist Horvath auf den gegnerischen Advokaten zwei Revolverschüsse ab und verwundete einen wegen einer anderen Klagesache anwesenden Mann schwer. Horvath wurde verhaftet.

Budapest, 7. Juni. (W. H.) Wie „Pesti Naplo" meldet, ist bei der Betriebsleitung der ungarischen Staatsbahnen ein Konsortium von Beamten entdeckt worden, welches aus der Ernennung und dem Avancement der Unterbeamten und Diener materiellen Nutzen gezogen hat. Speziell zwei Oberbeamte sollen stark kompromittirt sein.

Paris, 7. Juni. (W. T. B.) Senat. Bei der Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Verrath und die Spionage, vertheidigt der Berichterstatter Morellet den Entwurf, welcher die Strafen namentlich gegen Franzosen verschärft und die Todesstrafe auf das Verbrechen des Verraths festsetzt.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Säuglingsschutz.

Die Wahlen rücken näher. Da geschehen denn mancherlei Dinge, die als Zeichen und Wunder zu betrachten sind, und so muß es denn auch mit Fassung hingenommen werden, daß der Kommunalfreisinn seiner — sozialen Pflichten gegen die Hilflosesten eingedenk wird. Aus dem Rathhause kommt folgende Meldung:

Die städtische Waisenverwaltung hat beschlossen, für Berlin eine Einrichtung zu treffen in der Weise, daß zunächst die in Waisenkostpflege befindlichen Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre (Säuglinge) nicht nur, wie bisher, in Krankheitsfällen ärztlich behandelt, sondern dauernd einer gesundheitlichen Ueberwachung unterstellt werden, und zwar soll in den heißen Monaten, etwa von Mitte Juni bis Mitte September, jeder Säugling zweimal wöchentlich, in den übrigen Monaten mindestens zweimal monatlich auch dann besucht werden, wenn ein besonderer Erkrankungsfall nicht vorliegt, während in letzterem Falle noch darüber hinaus Besuche bei den Kindern stattfinden müssen. Die Verwaltung beabsichtigt, da die betreffenden Kinder sich fast auf alle Medizinalbezirke der Armenärzte vertheilen, diese Beaufsichtigung zu dezentralisiren und sie den Armenärzten zu überweisen; jedoch sollen den Armenärzten Kinderpflegerinnen zugeordnet werden, welche nach Anleitung der Armenärzte dauernd die Gesundheitspflege der Säuglinge zu überwachen und den Armenärzten darüber zu berichten haben. Als Kinderpflegerinnen nimmt die Verwaltung nicht berufsmäßige Pflegerinnen in Aussicht, sondern Frauen, welche in ihren eigenen Familien die Sorge für Säuglinge ausüben oder ausgeübt haben und welche aus der gesundheitlichen Beaufsichtigung der in Waisenkostpflege befindlichen Säuglinge eine Nebenbeschäftigung machen sollen. Jeder dieser Kinderpflegerinnen würden unter der Oberaufsicht eines Armenarztes etwa je 10—12 Säuglinge zur gesundheitlichen Beaufsichtigung zu überweisen sein. Der vorstehend entwickelte Plan stellt sich als ein Versuch dar, zunächst innerhalb des Gebietes der Waisenverwaltung der vielbesprochenen Säuglingsfrage von der praktischen Seite näher zu treten. Wenn derselbe gelingt, soll auf dieser Grundlage weiter gebaut werden, um nach Möglichkeit der Sterblichkeit der Säuglinge in der Stadt Berlin überhaupt entgegenzutreten. Der Magistrat hat sich dieser Ausführung angeschlossen und wird bei der Stadtverordneten-Versammlung zu diesem Zwecke für das Etatsjahr 1898/99 die Bewilligung des Betrages von **1500** M. beantragen.

Das ist eine verschwindend geringe Summe, die zu der Größe des hier entwickelten Programms in einem beinahe widernatürlichen Verhältniß steht. Wer ermessen will, wie furchtbar gegen die Hilflosesten der Hilflosen bisher gesündigt worden ist, der braucht nur der geradezu erschreckend großen Säuglingssterblichkeit in der Reichshauptstadt zu gedenken.

Nach den vorläufigen Monatsberichten des Berliner Statistischen Amts starben im Jahre 1897 in Berlin 10 609 Säuglinge, d. h. im 1. Lebensjahre stehende Kinder. Am meisten starben, wie immer, im Sommer: im Juni 895, Juli 1438, August 1989, September 1036, in 4 Monaten allein 5358. Die Säuglinge erliegen namentlich den akuten Darmkrankheiten alljährlich in großer Zahl; daher auch das gewaltige Anschwellen der Säuglingssterblichkeit in der wärmeren Jahreszeit. 1897 starben: an Magen-Darmkatarrh 1013, Diarrhoe 1153, Brechdurchfall 1089, an diesen 3 Krankheiten zusammen 3855, davon im Juni 305, Juli 850, August 1325, September 509, in 4 Monaten 2989. — Ursache der sommerlichen Zunahme der Darmkrankheiten und der Säuglingssterblichkeit ist natürlich nicht die Sommerhitze an sich. Die Temperaturerhöhung ist aber insofern wesentlich mitbedingend, als unter ihrem Einflusse ein für die Säuglinge verhängnißvoller Umstand, die vielfach naturwidrige Ernährungsweise, besonders wirksam wird. Die Ersetzung der Muttermilch durch Thiermilch und so weiter verringert die Wiederstandsfähigkeit des Säuglings und wirkt schon dadurch indirekt gesundheitsschädlich und lebenbedrohend. Sie begünstigt aber auch direkt die Entstehung von Erkrankungen der Verdauungsorgane. 1897 war die Ernährungsweise bei 8708 aller gestorbenen Säuglinge angegeben: Muttermilch 944, Ammenmilch 24; dagegen Thiermilch 6673, Surrogat, gemischte oder sonstige Nahrung 1142. „Brustkinder" waren demnach nur 968, „Päppelkinder" dagegen 7815. Das erklärt sich nicht etwa daraus, daß in Berlin überhaupt nur sehr wenig Kinder mit der Brust genährt würden, diese Gruppe also auch nur spärlich unter den gestorbenen Säuglingen vertreten sein könnte. Bei der 1895er Volkszählung wurden hier unter den lebenden Säuglingen nicht viel weniger Brustkinder als Päppelkinder gezählt, 16 683 und 20 683. Seitdem wird sich das Verhältniß kaum geändert haben. Dennoch waren 1897 unter den gestorbenen Säuglingen, wie oben ersichtlich, über achtmal so viel Päppelkinder wie Brustkinder. Die Lebensbedrohung der Päppelkinder ist eben viel größer als die der Brustkinder. Das gilt für alle Jahreszeiten und alle Krankheiten, am meisten aber für den Sommer und für die akuten Darmkrankheiten. An dem Anschwellen der Säuglingssterblichkeit im Sommer sind thatsächlich fast nur die Päppelkinder betheiligt. Von den 8783 gestorbenen Säuglingen mit Angabe der Ernährung kamen auf die 12 Monate des Jahres: 91, 78, 76, 74, 67, 77, 78, 90 (August), 73, 92, 81, 82 Brustkinder, aber 444, 427, 465, 447, 428, 647, 1180, 1671 (August), 816, 482, 405, 403 Päppelkinder. Auf je 1 Brustkind kamen also rund 5, 5, 6, 6, 6, 8, 15, 17 (August), 11, 5, 5, 5 Päppelkinder, d. h. unter den gestorbenen Säuglingen waren in den kältesten Monaten 5 mal, in den heißesten bis 17 mal so viel Päppelkinder wie Brustkinder. Unter den 3855 an Magen-Darmkatarrh, Diarrhoe und Brechdurchfall gestorbenen Säuglingen waren 3573 mit Angabe der Ernährung. Daran waren die Brustkinder mit 153 (darunter nur zwei von Ammen genährte), die Päppelkinder mit 3420 betheiligt. Schroffere Gegensätze lassen sich kaum denken. — Die Ernährung ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Punkt, der für die hohe Säuglingssterblichkeit Berlins in betracht kommt. Bei der unbemittelten Bevölkerung wird die Gesundheit des Säuglings in der Regel noch durch manches Andere gefährdet: durch Mangel an Pflege, durch den Aufenthalt in ungesunden, im Winter schwer zu erwärmenden, im Sommer schwer zu lüftenden Wohnungen. In dieser Beziehung fällt es für die Höhe der Berliner Säuglingssterblichkeit schwer ins Gewicht, daß Berlin vorwiegend Arbeiterstadt ist. Unter den Berliner Säuglingen bilden die Arbeiterkinder die Mehrzahl. Für das Kind des Arbeiters ist aber die Lebensbedrohung infolge der gedrückten wirthschaftlichen Lage der Arbeiterklasse besonders groß. Und auch in den Familien der aus der Hand in den Mund lebenden kleinen Handwerker, der dürftig besoldeten kleinen Beamten ist es um die Ernährung und Pflege der Säuglinge vielfach nicht besser bestellt. Wir haben für Berlin wiederholt aus der ungleichen Vertheilung der Sterbefälle auf die verschiedenen Stadttheile und sozialen Gruppen nachgewiesen, daß die Säuglingssterblichkeit in der unbemittelten Bevölkerung verhältnißmäßig viel größer ist als bei den Wohlhabenden. Wo der Vater sich in langer, anstrengender und schlecht bezahlter Arbeit aufreibt, wo die Mutter von früh bis spät in der Fabrik, in der Arbeitsstube oder im eigenen „Heim" mitarbeiten muß, wo selbst die schulpflichtigen Kinder verdienen helfen müssen, wenn sie nicht hungern sollen: darf man sich da wundern, wenn unter so elenden Verhältnissen, in einer auf diese Weise auseinandergerissenen „Familie" der nothgedrungen unzureichend ernährte und mangelhaft gepflegte Säugling verkümmert und zu grunde geht? Die besitzende Klasse, die den Nutzen aus diesen Zuständen hat und eben deshalb an der bestehenden „Ordnung" nicht rütteln lassen möchte, behauptet bekanntlich, daß es die Sozialdemokratie sei, die die Familie zerstört!

Kommunales.

In der gestern unter Vorsitz des Stadtraths Voigt stattgehabten Sitzung der Magistratskommission zur schleunigen Beschaffung eines Grundstücks für ein weiteres, größeres Verwaltungsgebäude erstattete der Stadtrath Ramslau das Referat. Die Kommission hat beschlossen, dem Magistrat den Ankauf der Blocks zwischen Stralauer-, Jüden-, Parochial- und Klosterstraße zu empfehlen, wenn die Grundstücksbesitzer eine erhebliche Ermäßigung ihrer Forderungen eintreten lassen.

Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Neuwahl des Ersten Bürgermeisters und eines besoldeten Stadtraths hat heute unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Langerhans einstimmig beschlossen, der Versammlung die Wahl des Rechtsanwalts Gustav Kaufmann hier zum besoldeten Stadtrath zu empfehlen. Die Wahl des ersten Bürgermeisters ist ausgesetzt worden und ist zur definitiven Beschlußfassung des Ausschusses über diese Wahl der Termin auf Freitag, den 17. d. M., mittags 12 Uhr, festgesetzt worden.

Die achte städtische Volksbibliothek, die sich bisher im Hause Lützowstr. 93 befunden hat, ist in die Gemeindeschule Derfflingerstraße 18a verlegt worden und wird vom 12. Juni cr. ab geöffnet sein: Sonntags von 11—1 Uhr vormittags und Mittwochs und Sonnabends von 12—2 Uhr nachmittags. Die Benutzung ist, wie in allen anderen städtischen Volksbibliotheken, unentgeltlich und steht jedermann zur Verfügung. Verwalter ist der Gemeindeschul-Lehrer Langer.

Lokales.

Parteigenössische Wahlversammlungen. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, spricht Genosse Robert Schmidt Jägerstraße 69 bei Brünsch in einer Wählerversammlung für die Stadtbezirke 1—20 (erster Wahlkreis) über die Frage: „Wer schützt die Rechte des Volkes?" — Im zweiten Wahlkreise tagt heute Abend 8 Uhr im Lokale von Bickel, Hasenhaide, eine Volksversammlung.

Parteigenossen, agitirt namentlich in indifferenten Kreisen für zahlreichen Besuch dieser Versammlungen!

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Abend pünktlich 8¾ Uhr Besichtigung der Sternwarte in Treptow. Billets à 50 Pf. (Vortrag, Besichtigung der astronomischen Ausstellung und Beobachtung durch das Fernrohr) sind vorher am Eingange zu haben. Wir erwarten zahlreichen Besuch der Mitglieder. Ferner machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die Listen zur Einzeichnung derjenigen Mitglieder, welche gewillt sind, am 26. Juni im „Müggelschlößchen", Friedrichshagen, bei einer zu veranstaltenden Aufführung mitzuwirken, in der Schule ausliegt. Wir bitten, sich hieran ebenfalls zahlreich zu betheiligen. Näheres wird später bekannt gegeben. Der Vorstand.

Bei den Freisinnigen. Wer das wirkliche innere Wesen eines Menschen kennen lernen will, darf ihn nicht nur nach seinem Gebahren bei Haupt- und Staatsaktionen abschätzen, sondern muß ihn in seiner Häuslichkeit betrachten oder ihn belauschen, wenn er unter seinesgleichen ist. Was für den Einzelnen gilt, muß auch bei den Parteien angewendet werden. Und mögen sie noch so viel schöne Versprechungen geben, in ihren Zeitungen jeden Tag die herrlichsten Leitartikel loslassen, es ist doch gut, wenn man sie ein bischen unter das Mikroskop nimmt.

Bei keiner Partei aber ist das mehr angebracht, als wie bei der freisinnigen. Denn mit ihren Tiraden gegen allerlei Mißstände ist es bekanntlich nicht weit her, und wer eine leichtgläubige Natur hat und für ein großes Maulwerk bei versteckter Faust ist, kann leicht durch ihr Trara geblendet werden. — Selbstverständlich hält sie ihre Versammlungen in gesperrten Lokalen ab, so daß es dem Arbeiter schon schwer fällt, in ihre Versammlungen zu gehen, will er nicht sein Pflichtgefühl verletzen, das ihm vorschreibt, keinen Wirth, der seinen Saal den Sozialdemokraten verschließt, durch Genuß seiner Getränke zu unterstützen. Darum sind unsere Genossen nicht allein an ihrer einfachen Kleidung sofort in der Schaar der Freisinnsmannen zu erkennen, sondern auch daran, und namentlich für den, der keine äußeren Unterschiede entdecken kann, daß sie keine Getränke vor ihrem Platz zu stehen haben. Und so werden sie denn von vornherein scheel angesehen von den Hütern des Freisinns. Da sind nun zuerst die Fabrikanten und Kaufleute. Viele von ihnen sind elegant gekleidet, sie haben's ja dazu. Mit der Sicherheit und der beleidigenden Ueberhebung in der verschmitzten, gewitzten Miene, die den freisinnigen Unternehmer kennzeichnet, lassen sie sich herab von ihrer Höhe und beginnen ein kleines Gespräch mit dem Arbeiter, der an ihrem Tisch sitzt. Anfangs schimpfen sie wacker auf den Junker, dann aber, wenn sie über ihre sozialistische Anschauung Farbe bekennen sollen, meinen sie, der Arbeiter, der in einer Fabrik 11 Stunden bei kärglichstem Lohn arbeiten müsse, könne sich ja eine andere Stelle suchen, daran hindere ihn ja niemand. Ihren ganzen böswilligen Unverstand wollen sie mit einigen faulen Witzen verdecken. Ihre ganze Gemeinheit kommt aber erst zum Vorschein, wenn sie, wie es der Schreiber dieser Zeilen schon mehrmals erlebt hat, jeden Streikenden für einen Strolch erklären. Solche private Offenbarungen beleuchten nur zu grell, was die Arbeiterschaft von diesen Elementen zu erwarten hat, wenn sie in den Reichstag kommen. Sie wollen wohl für ihre Waaren die höchsten Preise bezahlt haben, aber der Arbeiter, der diese Preise zahlen soll, muß mit Kartoffeln und Talg zufrieden sein. Und wie possirlich nimmt es sich aus, wenn so einige wohlgepflegte Unternehmersöhne von dem Glücke des Familienlebens faseln, für das ein idealer, hochdenkender Mensch auch die größten Entbehrungen tragen könne. Dazu stopfen sie sich Schnitzel mit Karotten und Schinkenbrötchen in den fleischigen Mund und erzählen sich hinterher liebliche Zötchen. . . . Wehe dem Arbeiter, der ihnen sagt, sie möchten doch mal in die Herbergen, ins Asyl gehen, oder ein halbes Jahr freiwillig auf die Unterstützungen Vaters verzichten und auf der Landstraße rippeln! Dem wird einfach die Rede mit den Worten abgeschnitten, die Leute in den Herbergen seien arbeitsscheue Elemente. Wer's nicht glaubt, daß freisinnige Menschen derartig verbohrt sind, gehe in eine ihrer Versammlungen, da kann er noch bessere Geschichten erleben. Denn neben dem freihändlerischen Kaufmann findet er dort auch Handwerksmeister, Hauswirthe und ähnliche Fettbürger, die wirthschaftliche Anschauungen entwickeln, wie sie mal im zunftzopfigen Mittelalter angebracht waren. Was für ein Mosaikflickwerk die ganze Freisinnspartei ist und daß sie mit ihrem Phrasenwerk ihre Anhänger über ihre wirthschaftlichen Bedürfnisse hinwegtäusche und nothdürftig zusammenleimt, ist denn auch einleuchtend, wenn man neben dem Zunftmann und Konsumvereins-Gegner unseren theueren, freisinnigen Lehrerstand mit seinem blasirt überlegenen Lächeln sieht. Die Herren, die halb aus Muß, halb aus Instinkt für ihren Vortheil, aus Streberthum sich zum Freisinn hingezogen fühlen, dürfen ihren zünftlerischen Genossen nicht darüber aufklären, daß sie einem Konsumverein angehören und ihn dadurch schädigen. Ueberdies, was macht den Freisinnigen, die den Arbeiter verachten, weil er nicht nur ideelle Güter, sondern auch ausreichendes Brot und noch mehr erringen will, nach dem Heine'schen Spruch: „Es giebt hinnieden Brot genug für alle Menschenkinder — — — und Zuckererbsen nicht minder" — was macht diesen Freisinnigen ein wirthschaftlicher Vortheil? . . . Wie erheiternd ist das alles für den, der die eigentliche Noth erkannt hat und weiß, was er will. Die Herren Freisinns-Schulmeister aber geberden sich, wie wenn alle anderen Menschen Kinder wären, die sich vor ihrem Bakel bücken müssen. Rief doch neulich ein Freisinns-Rektor einen Zuhörer, der über die hinterlistigen Rede-Evolutionen lachen mußte, vor zum Rednertisch. Dort sollte sich der Lacher, ein Mensch von dreißig Jahren, zur Schau stellen wie die Klassenkinder des Herrn Rektors! — Auf solche Anmaßungen kann ein einfacher Arbeiter garnicht anders als durch einen sozialdemokratischen Stimmzettel antworten und zeigen, daß er erwachsen ist und die dreiste Bevormundung durch die Freisinnigen nicht braucht!

Ueber einen merkwürdigen Kampf mit „geistigen Waffen" wird uns berichtet: Bei der letzten Flugblattverbreitung belegte ein Parteigenosse auch die Tische der Stehbierhalle Unter den Linden 59a mit Flugblättern. Bald nachdem unser Genosse sich aus dem Lokal entfernt hatte, kam ein Herr und nahm mit den Worten, daß diese Flugblätter nicht die richtigen seien, sondern durch andere ersetzt würden, die Exemplare wieder von den Tischen fort. Wenn irgendwo auf dem Lande ein Staatsretter auf solche Unanständigkeiten verfällt, so wundert man sich nicht weiter; wenn aber selbst in Berlin zu derartigen Kampfmitteln gegriffen wird, so beweist das eben, daß gewisse Gegner zum Kampfe mit ehrenhaften Waffen alles Zutrauen verloren haben müssen.

Entbehrungslöhne im Eisenbahnbetriebe. 50 Beamte für den unteren Eisenbahndienst, die natürlich insgesammt Militäranwärter sein müssen, sollen demnächst wieder bei der Eisenbahn-Direktion Berlin im Stadt-, Ring- und Vorortbahnbetriebe Anstellung finden. Und zwar werden 10 Anwärter verlangt für den Zugbegleitungs- und 20 Anwärter für den Weichenstellerdienst mit zunächst je 800 M. diätarischer Jahresbesoldung und bei der Anstellung mit je 800 M. Jahresgehalt bis zu 1200 M. aufsteigend nebst Wohnungsgeld, sowie mit der Aussicht auf Beförderung zum Packmeister oder Zugführer, bezw. zum Weichensteller I. Klasse, und ferner 20 weitere Anwärter für den Weichenstellerdienst mit 700 M. diätarischer Jahresbesoldung und bei der Anstellung mit 700 M. Jahresgehalt bis zu 900 M. aufsteigend nebst Wohnungsgeld und Aussicht auf Beförderung zum Weichensteller I. Klasse. Alle Wetter! Werden diese Beamtenkategorien sich der Regierung am 16. Juni dankbar erzeigen!

Wie es mit dem Sittlichkeitsgefühl gewisser Leute bestellt ist, zeigt ein Fall, über den uns aus der Fabrik für Beleuchtungsgegenstände von J. u. Ko. in der Ritterstraße berichtet wird. Dort arbeitet eine Frau G. allein in einem Zimmer als Bronzirerin. In diesem Raume befindet sich auch die Wasserleitung, welche sowohl von dem Chef wie von den Meistern in Gegenwart der Frau ständig zur Verrichtung eines Bedürfnisses benutzt wurde. Die Arbeiterin verbat sich natürlich diese Schamlosigkeit, doch wurde der Entrüstung der Arbeiterin nicht die geringste Beachtung geschenkt. Es blieb ihr nichts übrig als die Arbeit zu verlassen. Hierbei mußte Frau G. noch die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen, da die Unternehmer sich weigerten, der Arbeiterin Buch und Karte zu verabfolgen, weil sie hätte kündigen müssen. Erst als der Beamte dem Manne auseinandersetzte, daß die von ihm begangene Unsittlichkeit die Frau berechtige, die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen, erfolgte die Herausgabe des Buches.

Ein Sittenbild aus höheren Kreisen. Bei der Verhaftung der Gelegenheitsmacherin, über die wir gestern berichteten, handelt es sich um eine geschiedene Frau Harstedt, welche am Magdeburger Platz 5 wohnte. Ihre Spezialitäten waren Heirathsvermittelung und Kravattenfabrikation. Sowohl die Wechselgeschäfte als die Kuppeleien sollen der Person fabelhafte Summen eingebracht haben. Man spricht davon, daß sie von einer Partie sich 100 000 M. ausbedungen haben; an einem zweiten Heirathsgeschäft, welches die Harstedt in Gemeinschaft mit einer anderen Frau zu stande brachte, soll sie 60 000 Mark eingenommen haben. Von dieser Provision warf sie, wie berichtet wird, der Partnerin nur 3000 Mark hin; aus Aerger über eine solche Uebertölpelung erfolgte darauf eine Denunziation bei der Staatsanwaltschaft. Des weiteren soll der Selbstmord eines Edelsten und Besten in Potsdam, der mit den Halsabschneidereien der Harstedt in Verbindung gebracht wird, das Maß voll gemacht haben. Die Kupplerin sitzt übrigens schon einige Wochen in Untersuchungshaft; ihre Vertheidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Mosse.

Der große Jubel. In einem hiesigen Blatte lesen wir: „Die Berliner Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft bringt aus Anlaß des zehnjährigen Regierungs-Jubiläums unseres Kaisers eine „Jubiläums-Karte" in Verkehr, welche in einem großen quadratischen Ausschnitt auf Gelatinepapier das farbige und auf beiden Seiten der Karten gleich gut sichtbare und wirksame Porträt des Kaisers Wilhelm II. mit dem Goldaufdruck 1888 W. 1898 — 15. Juni zeigt."

Auf dem Gelände der städtischen Wasserwerke in der Stralauerstraße wurde mittags von Mannschaften des Eisenbahnregiments ein Theil des Mauerwerks eines überdeckten Filters gesprengt. Die Sprengung war nur von mäßiger Detonation begleitet und verlief ohne Zwischenfall.

Auch ein Opfer des Obersaktors Grünenthal. Gleich dem Zentralgefängnisse Plötzensee hat auch das Moabiter Untersuchungsgefängniß seine Durchstecherei-Affäre. Es sind jüngst Beobachtungen gemacht worden, daß ein heimlicher Verkehr zwischen dem Obersaktor a. D. Grünenthal und seinen weiblichen Komplizen, seiner sogenannten Braut und deren Angehörigen stattfand. Die letzteren lagen auf der Station der Aufseherin Charlotte B. und diese gerieth in den Verdacht, Durchstechereien getrieben zu haben. Es wurde ein Ermittelungsverfahren gegen sie eingeleitet, dem sie kurzer Hand die Spitze abgebrochen hat. Kurz vorher hatte die Verurtheilung des Gefangenen-Aufsehers Korth und etwas später die Verhaftung des Aufsehers Röther stattgefunden, da mag ihr denn wohl Angst geworden sein, und um allen Eventualitäten zu entgehen, griff sie zum Strick und hing sich im Gefängnisse auf.

Die Bemühungen der Polizei, den Mörder der Frau Singer zu ergreifen, sind bis jetzt noch erfolglos gewesen. Alle in dieser Sache sistirten Personen mußten, da sie ihr Alibi haben nachweisen können, wieder entlassen werden. Da eine erkennbare Spur des Mörders fehlt, ist die Entdeckung kaum noch fest zu erwarten. Nur durch einen Zufall könnte die Ergreifung des Mörders gelingen. Hervorgehoben zu werden verdient nochmals, daß der Thäter seinen Anzug mit Blut beschmutzt haben muß und auch nicht ohne Verletzungen geblieben sein kann. Man hat auf der Treppe deutliche Blutflecke entdeckt und ein Schutzmann hat bekundet, daß der muthmaßliche Mörder seinen Rock nicht nur lose abgewischt, sondern vorn mit beiden Händen gerieben hat, etwa in der Art, wie man einen Schmutzfleck an der Kleidung zerreibt. Eine Zivilperson, die den Mann vorher im Laternenlicht an der Hausthür gesehen hat, will ihn gegebenenfalls wieder erkennen können und giebt eine genaue Beschreibung, die mit den Angaben des Schutzmanns, der den Mann aus dem Hause hat kommen sehen, übereinstimmt. Die Nickel'schen Eheleute sind durch die Singer sehr geschädigt worden. Sie haben von ihr keine Miethe bekommen, die Zimmereinrichtung ist fast vollständig verdorben, und da die Polizei das Zimmer verschlossen hat, so ist den Leuten auch die Möglichkeit genommen, das Zimmer schnell wieder zu vermiethen, wozu sie Aussicht haben sollen. Die Singer war eine Person, die mit niemand auf die Dauer sich vertragen konnte und deshalb viele Feinde hatte. Ihr Ehemann soll sich ihretwegen das Leben genommen haben. Mit den Strafgesetzen war sie mehrfach in Konflikt gekommen; namentlich war sie in Abzahlungs-Geschäften als „gefährlich" bekannt. So hatte sie Nähmaschinen und ähnliche Sachen auf Abzahlung entnommen und sofort versetzt, weshalb sie so oft ihre Wohnung wechselte und längere Zeit unangemeldet blieb.

Eine aufregende Szene spielte sich in der vorletzten Nacht im Coursaal in der Jägerstraße ab. Ein Fabrikant aus Rixdorf besuchte mit Bekannten den Ballsaal und hatte kaum zu tanzen angefangen, als er schwerkrank zusammenbrach. Obwohl ihm schnell ärztliche Hilfe zu theil wurde, starb er doch in einem Nebenzimmer schon nach Verlauf von kaum einer halben Stunde.

Durch Ueberfahren lebensgefährlich verletzt worden ist gestern, Dienstag, Nachmittag die 6½ Jahre alte Tochter Grethe des Formers Reimann aus der Dunckerstr. 7. Das Mädchen spielte um 5 Uhr mit mehreren anderen Kindern vor der elterlichen Wohnung und wollte in demselben Augenblicke quer über den Damm laufen, als ein Bierwagen die Straße entlang gefahren kam. Der Wagen faßte die Kleine mit dem Vorderrad, warf sie zu Boden und ging über sie hinweg. Die Verunglückte erlitt außer inneren Verletzungen einen Bruch der Wirbelsäule und wurde in hoffnungslosem Zustande mit einem Lückschen Rettungswagen in die königl. Klinik gebracht.

Zur Vorsicht beim Umgehen mit Schußwaffen mahnt wieder ein Vorfall in der Georgenkirchstraße 17. Der 19jährige Sohn des Zigarrenfabrikanten G. ließ nachmittags, als er ausging, einen Teschin geladen auf dem Tische liegen. Als abends um 10½ Uhr sein 16jähriger Bruder nach Hause kam, fand er die Waffe und hantirte daran herum in der Meinung, daß sie nicht geladen sei. Plötzlich krachte ein Schuß und der junge Mann wurde an der linken Körperseite über der Hüfte getroffen. Der Verwundete mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Zur Entführung der Hedwig Lamfried. Auf Veranlassung der hiesigen Behörden wurden gestern in Wien der Mechaniker Josef Holzbauer und die Modistin Hedwig Pieper verhaftet. Aus aufgefangenen Briefen, deren Adressat noch nicht ermittelt ist, geht hervor, daß sie der Entführung der 13 Jahre alten Hedwig Lamfried schuldig sind. Der Vater des Kindes ist gestern Abend nach Wien abgereist, um seine Tochter abzuholen.

In der Beschlagsschmiede von Fürstenau in der Kochstraße wurde vorgestern der Fahrer des Feuerwehr-Hauptdepots, Ferdinand Schulze, verletzt. Von dem im Neubau befindlichen zweiten Stockwerk fiel ein Stein auf das Glasdach der Schmiede, zertrümmerte eine Scheibe, deren Splitter Schulze am Kopfe trafen und so erheblich verletzten, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Elendsstatistik. Im Männer-Asyl des Berliner Asylvereins für Obdachlose nächtigten im Monat Mai 10 788 Personen, im Frauen-Asyl 2709 Personen. Arbeitsnachweis erbittet der Verein für Männer Wiesenstr. 55/59, für Frauen Füsilierstr. 5.

Feuerbericht. Montag Abend 10 Uhr war Brunnenstr. 137 ein unbedeutender Kellerbrand abzulöschen. Es brannte Papier und allerhand Gerümpel. Kurz darauf wurde die Wehr nach Krautstraße 38 gerufen, wo Kleidungsstücke Feuer gefangen hatten. Ein Küchenbrand veranlaßte Dienstag früh 8 Uhr Alarm nach Hedemannstr. 8. Da er nicht rechtzeitig bemerkt war, ging der gesammte brennbare Kücheninhalt in Flammen auf, wobei das Haus ebenfalls beschädigt wurde. Es mußte längere Zeit Wasser gegeben werden. Bald nach 10 Uhr brannte Forsterstraße 5 der Fußboden vor einem eisernen Ofen. Infolge schadhafter Schornsteinreinigungs-Oeffnung war nachmittags 4½ Uhr Nostitzstraße 20 ein in der Nähe des Schornsteins stehendes Regal in Brand gerathen. Hilfe war rasch zur Stelle, so daß bedeutender Schaden nicht entstanden ist.

Aus den Nachbarorten.

An die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg! Am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, ist Sitzung sämmtlicher Vorsitzenden der örtlichen Wahlkomitees im Lokal von Zubeil. Jeder Ort muß vertreten sein. Die nächste Flugblatt-Vertheilung findet Sonntag, den 12. d. M., für das Land und bis zum 14. d. M. für die Vororte statt. J. A.: Zubeil, Lindenstr. 106.

Rummelsburg. Achtung, Parteigenossen! Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Blechschmidt, Neue Prinz Albertstraße 70/71 (Rummelsburger Volksgarten) eine Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Arthur Stadthagen über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen" sprechen wird. Das Wahlkomitee.

Pankow-Niederschönhausen. Die Genossen werden auf die am Donnerstag stattfindende Wählerversammlung im Lokale des Herrn Störr aufmerksam gemacht. Der Reichstagskandidat des Niederbarnimer Kreises, Genosse Stadthagen, hat das Referat übernommen. Genossen, welche gewillt sind, am Wahltage zu helfen, werden ersucht, sich in dieser Versammlung zu melden. Gleichzeitig wird auf die am Sonntag, den 12. Juni stattfindende Flugblattvertheilung hingewiesen. Treffpunkt früh 7 Uhr bei Störr, Mühlenstraße 25.

Baumschulenweg. Die freisinnige Versammlung bei Spähr findet, wie nachträglich bekannt gegeben worden, nun doch mit freier Diskussion statt. Unter diesen Umständen steht von seiten unserer Parteigenossen natürlich dem Besuch nichts im Wege. Wir fordern die Genossen daher auf, sich zahlreich an der Versammlung zu betheiligen. Das Wahlkomitee.

Sehr erregt ging es in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung von Schöneberg zu. Die Nervosität kam besonders bei der Beschlußfassung über die Vorlage des Magistrats, betreffend Erhöhung des Tagelohnes für die Mannschaften der Spülkolonne zum Ausdruck. Die Leute baten um eine Lohnerhöhung von 25 Pf. pro Mann und Tag. Vom Bürgermeister wurde diese Bitte mit der Motivirung anerkannt, daß diese Leute eine bei weitem schwierigere Arbeit zu leisten hätten, als die Straßenfeger, die diese Erhöhung bereits haben und die Erhöhung des Lohnes für nur eine Arbeiterkategorie böses Blut erzeugen würde. Ein Herr Stadtv. Lässig konnte es sich nicht versagen, diese Ansicht komisch zu finden, umsomehr als ja ein Ueberfluß von Beschäftigungslosen vorhanden und in einem großen Betriebe (Eisenbahn), in dem er thätig sei, diese Löhne nicht gezahlt würden. (Vorsteher Müller: „Leider.") Genosse Obst nennt das Gebahren dieses Herrn eine Frivolität, welchen Ausdruck er auf Verlangen des Vorstehers als unparlamentarisch zurücknimmt. Unter Zustimmung der Versammlung weist er in seinen weiteren Ausführungen die Berechtigung dieser Erhöhung treffend nach. Stadtv. Fr. Richter war der Ansicht, daß Herr L., der sich als kränklich bezeichnet hatte, thatsächlich recht unwohl sein müsse, sonst wäre die Art und Weise nicht zu verstehen, in welcher er in dieser Sache hier auftrete. Nach vielen Schlußanträgen wurde die Vorlage des Magistrats gegen eine Stimme angenommen. — Für die Beschaffung eines freien Platzes für Turn- und Jugendspiele der ganzen Jugend Schönebergs wurden, nach einer sehr eingehenden Diskussion, dem Magistrat folgende Plätze anempfohlen: 1. Das Gelände am Priesterweg, im Besitz des Frhrn. v. Hewald befindlich, 2. Platz E., 74 000 Quadratmeter groß, vom Priesterweg durchzogen, 3. die an der Straße 98 gelegenen Wiesen. — Des weiteren wurde die Herstellung einer Wasserleitung auf dem Gemeinde-Friedhof in der Maxstraße beschlossen.

Selbstmord wegen Arbeitslosigkeit. In der Jungfernhaide hat sich der Arbeiter Julius Klingmann, der seit einigen Tagen vermißt wurde, erhängt. Als Veranlassung zu dem Selbstmorde wird angegeben, daß Klingmann seit dem 8. November keine Arbeit mehr hatte.

Bei der Arbeit vom Tode ereilt wurde gestern der Kanalisationsarbeiter Karl Fengler aus Rixdorf. Der Mann brach plötzlich zusammen und war bald eine Leiche.

Ueber das bereits kurz gemeldete Unglück auf dem Bahnhofe Schlachtensee wird berichtet: Das 18jährige Dienstmädchen Therese Wehlisch aus Heinersdorf bei Fürstenwalde, die hier in der Jerusalemerstr. 55 im Dienst war, hatte am Sonntag Bekannte in Schlachtensee besucht und versuchte, als der Zug auf dem Bahnhof einfuhr, einzusteigen. Kaum hatte sie das Trittbrett bestiegen, als das Publikum förmlich die Wagen stürmte. Therese W. wurde durch einige Männer bei Seite geschleudert und kam zwischen dem Trittbrett und dem Bahnsteige zu Fall; in diesem Augenblick rückte der Zug an und das Mädchen wurde eine Strecke mitgeschleift und derartig fest eingeklemmt, daß man, als der Zug hielt, erst das Trittbrett zersägen mußte, um den schrecklich verstümmelten Körper hervorzuholen. Ehe man den Krankenkorb herbeigeholt hatte, war das Mädchen bereits todt.

Beim Bootfahren ertrunken ist am Montag Abend der Schneidermeister Willy Rauff, der hier, Linienstr. 27 I, wohnte. Derselbe unternahm mit seinem Gesellen namens Hein und seinem Werkstattgenossen Schaar eine gemeinschaftliche Wasserpartie auf der Dahme. Infolge eines Windstoßes kenterte das Boot. Hein und Schaar wurden durch ein ausgesandtes Hilfsfahrzeug gerettet, während Rauff ertrank. Seine Leiche ist noch nicht gefunden. Der Ertrunkene war 28 Jahre alt, verheirathet und Vater eines Kindes.

Gerichts-Zeitung.

Mitgliederliste und Vereinsstatuten brauchen vier Tage nach Bestehen eines Vereins der Polizei nicht mehr eingereicht zu werden. Eine wichtige Entscheidung, bei der es sich um eine Auslegung des § 2 des Vereinsgesetzes handelte, hat das Kammergericht gefällt. Unser Parteigenosse Dechand wurde als Bevollmächtigter der Berliner Zahlstelle des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter von dem Polizeipräsidium aufgefordert, ein Verzeichniß der Mitglieder der Filiale und ein Exemplar der für die Zahlstelle geltenden Statuten dem Präsidium einzureichen. Dechand kam der Aufforderung nicht nach, da er sich dazu nicht verpflichtet hielt. Das trug ihm eine Anklage wegen Vergehens gegen die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes ein. Die Behörde behauptete, die Berliner Zahlstelle des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter gehöre zu den Vereinen, die auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezweckten und deren Vorsteher Statuten und Mitgliederverzeichniß der Polizei einzureichen hätten. Das Schöffengericht verurtheilte denn auch den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 20 M. und die Strafkammer wies seine Berufung mit folgender Begründung zurück: Die Angabe des Angeklagten, die Berliner Zahlstelle des Unterstützungsvereins sei kein selbständiger Verein, widerspreche der Thätigkeit der Zahlstelle. Nach der Beweiserhebung nehme die Zahlstelle selbständig Mitglieder für den Gesammtverband auf, erhebe die Verbandsbeiträge, zahle Unterstützungen aus, führe eine eigene Kasse und leite statistische Erhebungen. Eine solche Zahlstelle müsse als selbstständiger Nebenverein angesehen werden. Die fragliche Zahlstelle bezwecke aber auch, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Der Zweck des Unterstützungsvereins, den auch die Zahlstelle verfolge, sei nach dem Statut die Hebung der materiellen und intellektuellen Lage seiner Mitglieder, und zur Förderung dieses Zweckes sollten dienen: die Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen, Vornahme statistischer Erhebungen, Arbeitsvermittelungen und obligatorische Lieferung der Zeitung „Tabakarbeiter". Beschränke sich nun auch nach dem Wortlaut der Bestimmung diese Thätigkeit auf die Mitglieder, so erfordere doch die Tendenz des Zweckes, solle er erreicht werden, eine Einwirkung auf außerhalb des Vereins stehende Personen, namentlich auf die Arbeitgeber. Dies sei zu berücksichtigen und demnach eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten sowohl des Unterstützungsvereins als ganzem, wie auch speziell der Berliner Zahlstelle anzunehmen. Das Kammergericht hob dann dies Urtheil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. In der Feststellung, daß die Zahlstelle Berlin ein selbständiger Verein sei und gleich dem Gesammtverband auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke, fand der Strafsenat keinen Rechtsirrthum. Nach seiner Meinung hat jedoch der Vorderrichter die Bedeutung des § 2 des Vereinsgesetzes verkannt. § 2 bestimme wörtlich, daß die Vorsteher der betreffenden Vereine verpflichtet seien, die Statuten des Vereins und das Verzeichniß der Mitglieder binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins der Polizei einzureichen und jede Aenderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten sind, der Behörde anzuzeigen. Danach erstrecke sich die Verpflichtung der Vorsteher, Statuten und Mitgliederverzeichniß einzureichen nur auf die ersten drei Tage seit der Stiftung des Vereins. Die entsprechenden Thatsachen seien aber in den landgerichtlichen Feststellungen nicht berücksichtigt worden. Das Landgericht stellte nunmehr in der neuen Verhandlung fest, daß die Berliner Zahlstelle schon 1883 gegründet worden ist, während Dechand erst 1889 ihr Bevollmächtigter wurde und dies nach einigem Wechsel ständig seit 1894 war. Trotzdem verurtheilte das Landgericht I den Angeklagten abermals. Jetzt berief es sich auf die Vorschrift des § 2 des Vereinsgesetzes, daß die Vorsteher u. s. w. auch auf Erfordern der Ortspolizeibehörde jede auf Statuten und Mitgliederbestand bezügliche Auskunft zu ertheilen haben. Dechand hätte deshalb auf das mehrmalige Verlangen des Polizeipräsidiums die Statuten und das Mitgliederverzeichniß einreichen müssen, obwohl die Zahlstelle zur kritischen Zeit schon weit länger als drei Tage bestanden habe. Gegen dieses Urtheil legte Rechtsanwalt Freudenthal für den Angeklagten die Revision ein und hatte damit Erfolg. Das Kammergericht sprach Dechand frei und führte begründend aus, die vereinsgesetzliche Verpflichtung, jede bezügliche Auskunft auf Erfordern zu ertheilen, schließe **nicht** die Verpflichtung in sich, jederzeit auf den Wunsch der Polizei ihr Mitgliederverzeichnisse und Statuten einzureichen. Zur Einreichung der Statuten und Mitgliederverzeichnisse seien die Vorsteher der Vereine im Sinne des § 2 immer nur in den drei Tagen nach der Stiftung des Vereins verpflichtet.

Unter der Anklage des versuchten Mordes stand gestern der Konditorgehilfe Emil Max Blankenburg vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Maske. Es handelte sich wieder um den Schlußakt eines Liebesverhältnisses zwischen zwei jungen Leuten, die mit einander „gingen". Der 22 Jahre alte Angeklagte stand seinerzeit in Elbing in Arbeit und hatte dort die Bekanntschaft der 24jährigen Elise Koch gemacht. Beide fanden Gefallen an einander und traten in ein intimes Verhältniß, das von den Eltern des Mädchens auch gutgeheißen wurde. Der Angeklagte betrachtete sich als der legitime Bräutigam der Koch, machte dieser mehrfach Geschenke und ging viel mit ihr aus, doch legten sich wiederholt finstere Schatten auf den beiderseitigen Verkehr, da der Angeklagte außerordentlich eifersüchtig war und manche böse Szene dadurch hervorgerufen wurde. Er fand dann Stellung in Baden-Baden und die Trennung von seiner Geliebten wurde ihm verhängnißvoll, denn diese machte die Bekanntschaft eines anderen Herrn und kam zu einem Bruche mit dem Angeklagten. Dieser wollte aber von dem Mädchen nicht lassen, er eilte wieder nach Elbing und machte vergebliche Versuche, sich ihr zu nähern. Endlich schrieb er einen mit Beleidigungen und Drohungen vollgepfropften Brief, in welchem er die Koch kategorisch aufforderte, zu einer Zusammenkunft mit ihm zu erscheinen, sonst würde er zu ihr kommen und es würde ein Ende mit Schrecken nehmen. Zur näheren Erläuterung der letzteren Worte hatte der Angeklagte auf das Briefpapier einen Säbel und eine Flinte gezeichnet. Kaum war der Brief abgegangen, so sandte er noch einen zweiten hinterher, in welchem er das Mädchen in den zärtlichsten Worten und unter Anwendung der süßesten Schmeichelnamen bat, ihm seine erregten Worte zu verzeihen und wieder gut mit ihm zu sein. Er vermochte dadurch aber nicht, eine Anklage wegen Nöthigung abzuwenden, die in Elbing gegen ihn erhoben wurde und mit seiner Verurtheilung zu 14 Tagen Gefängniß endete. Die Elise Koch ging später nach Berlin und fand hier eine Stellung als Verkäuferin in einem Fleischwaaren-Geschäft in der Klosterstraße. Auch der Angeklagte kam hierher und arbeitete zunächst in Weißensee und dann beim Konditor Hilbrich. In den ersten Tagen des Januar wurde er in Berlin verhaftet und zur Abbüßung der wieder ihn erkannten 14tägigen Gefängnißstrafe nach Elbing gebracht. Nach Verbüßung seiner Strafe kehrte er nach Berlin zurück und versuchte abermals eine Annäherung an seine frühere Geliebte. Er schrieb ihr einen Brief, dem er gleich eine Postkarte beilegte, auf welcher ihm die Koch postlagernd eine Antwort schreiben sollte. Nach Absendung des Briefes hielt er sich in der Nähe der Klosterstraße auf und fragte in der Hauptpost wiederholt vergeblich nach einer etwa für ihn eingegangenen Postkarte. Als die Antwort ausblieb, ging er in den Grunewald, in der Absicht, sich dort zu erhängen, gab diese Absicht aber nach längerem Umherirren wieder auf und kehrte nach Berlin zurück, wo er in der Nähe des Brandenburger Thor in einem Hotel nächtigte. Am nächsten Morgen, den 19. Januar, genoß er nur wenig, trank einige Schnäpse und machte sich dann auf den Weg. In einem Geschäft in der Friedrichstraße kaufte er sich ein Dolchmesser und ging dann, nachdem er tags über planlos die Straßen durchquert hatte, abends nach der Klosterstraße. Als er vor dem Fleischladen, in welchem die Koch thätig war, angelangt war, sah er sie von draußen an der Thür stehen; er riß die Thür auf, stürzte auf die Koch los und brachte ihr mit dem Dolchmesser blitzschnell mehrere Stiche in den Rücken und Nacken bei. Er machte gar keine Anstalten zu entfliehen, ließ sich vielmehr von den empörten Ladenbedensteten, ohne Widerstand zu leisten, festnehmen und nach der Polizeiwache führen. Dort und in dem ersten gerichtlichen Protokoll hat er die That ohne weiteres zugegeben und durchblicken lassen, daß er einen Mord und Selbstmord geplant hatte. „Da er das Mädchen im Leben nicht habe besitzen können, wollte er mit ihr sterben, um sie wenigstens im Tode zu besitzen." Im gestrigen Termin behauptete der Angeklagte, von der That selbst und den letzten Stunden, die derselben vorangingen, keine Erinnerung mehr zu haben. Die Erklärung dieser auffallenden Behauptung gab der Sachverständige, Gerichtsphysikus Dr. Störmer. Dieser kam auf grund seiner längeren Beobachtungen des Angeklagten zu dem schriftlich und mündlich in umfangreicher Weise durch wissenschaftliche und thatsächliche Momente begründeten Gutachten, daß Blankenburg ganz sicher ein Epileptiker sei, dem man seine Krankheit äußerlich kaum anmerke, der auch keine Krampfanfälle habe, aber sich doch häufig in einem epileptischen Dämmerungszustand befinde. In einem solchen sei er jedenfalls auch zur That geschritten und es sei sicher, daß seine freie Willensbestimmung dabei mindestens stark beeinträchtigt gewesen sei. Ob sie ganz ausgeschlossen gewesen, könne er nicht sagen.

Staatsanwalt Liebenow plädirte auf grund des sachverständigen Gutachtens nur auf versuchte Tödtung. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Klemperer führte dagegen aus, daß nicht der Strafrichter, sondern der Irrenarzt das letzte Wort über den Angeklagten zu sprechen habe, und daß dieser nicht in das Zuchthaus, sondern in eine Heilanstalt gehöre. — Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf versuchten Todtschlag unter Verneinung der mildernden Umstände. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage.

Auf der Polizeiwache. Merkwürdige Erfahrungen will der Kommissionär Freiherr Karl v. Wangenheim, welcher gestern wegen Straßenpolizei-Kontravention, Beamtenbeleidigung und Mißhandlung eines Beamten vor der 140. Abtheilung des Amtsgerichts I erschien, auf der Wache des 38. Polizeireviers in der Charlottenstraße gemacht haben. In der Neujahrsnacht wollte der Angeklagte in Gesellschaft mehrerer Freunde zum Schluß noch eine Tasse Kaffee im Kaiser-Café trinken; letzteres war aber auf Anordnung der Polizei für einige Stunden geschlossen worden und der Schutzmann Krüger forderte daher das inzwischen angesammelte Publikum auf, sich zu entfernen. Nach den Bekundungen des Schutzmanns Krüger soll nun der Angeklagte dieser Aufforderung nicht nachgekommen sein, was er allerdings bestreitet. Nach wiederholter Aufforderung faßte ihn dann der Schutzmann mit den Worten: „Sie kommen mit zur Wache", an der Schulter. Die Darstellungen des Angeklagten und des Schutzmanns Krüger über diesen Vorfall gingen ebenfalls stark auseinander; nach Krüger's Bekundung soll der Angeklagte noch geäußert haben: „Von solchen Unteroffizieren muß man sich so etwas gefallen lassen. Das lasse ich mir von dem Kerl nicht gefallen! Schutzmannsvisage" u. s. w. Jedenfalls mußte der Angeklagte mit zur Wache; an der Ecke der Mohrenstraße übergab Krüger ihn dem Schutzmann Hilbig. Auf der Wache sollen sich nun, nach der Behauptung des Angeklagten, die zum Theil durch die Bekundungen des damals ebenfalls sistirten Zeugen Enkelmann unterstützt wurde, recht ernste Szenen abgespielt haben. So sollen die Beamten den Namen und Titel des Angeklagten verhöhnt haben, und zwar durch Worte wie: „n schöner Freiherr! 'n Baron, der kein Obdach hat und Schmähartikel für den „Vorwärts" schreibt" u. s. w. (?) Als der Angeklagte betreffs Beschwerde zum Polizeilieutenant geführt werden wollte, wurde ihm gesagt, er solle sich nur ruhig auf die Bank setzen und nicht so erregt auf und abgehen. Er setzte sich auch schließlich und bat Enkelmann um dessen Namen zwecks späterer Zeugenschaft. Ein Schutzmann, der dieses bemerkte, soll nun nach der Angabe des Angeklagten diesen an die Brust gepackt und ihn mit den Worten von Enkelmann fortgerissen haben: „Das wäre ja noch schöner, wenn sich hier jeder Zeugen holen wollte." Als der Angeklagte sich das verbat, sollen ihn die Beamten aufgefordert haben, seine Garderobe abzulegen, da er in die Zelle gesperrt würde. Einer der Beamten soll dabei gerufen haben: „Steckt ihn ins Loch dahinten und schließt den Kerl!" Plötzlich sollen die Beamten ihn umgeben haben und mit ihm handgemein geworden sein; man habe ihn über den Tisch gezogen, ihm Kragen und Hemd zerrissen; der Paletot sei ihm durch die Tinte eines umgeworfenen Tintenfasses beschmutzt worden 2c. Schließlich habe er einen wuchtigen Schlag ins Auge erhalten; da erst habe er zur Abwehr um sich geschlagen und den einen Schutzmann mit der Faust auf die Nase getroffen. Da aber seien die Beamten alle über ihn hergefallen, hätten sich mit ihm auf der Bank und der Erde herumgewälzt, bis einer endlich sagte: „Laßt ihn doch schon sein." Als seine Begleiter sich auf dem Revier nach ihm erkundigten, wurden sie in äußerst barscher Weise abgewiesen. Die beiden einzigen als Zeugen vernommenen Schutzleute wollen von dem durch den Angeklagten geschilderten Vorfalle nichts bemerkt haben. Der Staatsanwalt beantragte 150 M. Geldstrafe, der Gerichtshof, welcher ebenfalls annahm, daß der Angeklagte sich nicht in Nothwehr befunden habe, erkannte auf zusammen 100 M. Geldstrafe.

Ein Bild sittlichen Elends entrollte sich in einer Verhandlung, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Maske stattfand. Aus der Untersuchungshaft wurde der 40jährige Handelsmann Rudolf August Gerhardt vorgeführt, ein Mann, der gegen 12 Vorstrafen wegen der verschiedensten Vergehen aufzuweisen hat. Er gehört zu jenen Händlern, welche ihre Waaren — sogenannte Groschenartikel — in einem Korbe bei sich führen und Absatz in den Schanklokalen suchen. Jetzt war Gerhardt der vorsätzlichen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange beschuldigt, er soll am Abende des zweiten Februar den Arbeiter Edwin Wallina erstochen haben. Der Angeklagte bestritt seine Schuld, er wollte sich im Zustande der Nothwehr befunden haben. In drastischer Weise und von lebhaften Gesten begleitet, erzählte er die Vorgänge, die der Anklage zu grunde lagen. Am Nachmittage des 2. Februar sei er mit seinem Korbe in der Hand durch die Linienstraße gegangen. Dort sei ihm eine Frauensperson begegnet, welche sich den Kopf tief in ein Tuch „eingemummelt" hatte, aus dem nur die stier blickenden Augen hervorleuchteten. Er habe in der Person die dem Trunk ergebene unverehelichte Adeline Wegner wiedererkannt. Nachdem er sie angeredet hatte, sei ihr erstes Wort gewesen: „August, haste nich'n Schnaps?" Er habe ihr die Flasche gereicht, der sie tüchtig zugesprochen habe. Bald sei sie so trunken geworden, daß sie taumelte. Nun habe die Wegner ihn gebeten, sie nach ihrer, im Hause Weydingerstr. 4 gelegenen Wohnung zu bringen, sie befürchte sonst, von der Straßenjugend verfolgt zu werden. Er habe ihr den Wunsch nicht abschlagen wollen und sie deshalb begleitet. Die Wohnung der Wegner habe sich im Keller des bezeichneten Hauses befunden. Mit Mühe habe er seine Begleiterin die dunkle und steile Treppe hinabgebracht. In der Wohnung sei es stockfinster gewesen. Er habe seinen Korb auf den Fußboden gesetzt und gleich darauf habe er gehört, wie die Wegner zu Boden gesunken sei und sofort angefangen habe zu schnarchen. Nun sei er neugierig gewesen, wie es in der Wohnung aussähe. Er habe ein Streichholz angezündet und damit umhergeleuchtet. In dem Raum, in welchem er sich befand, sei kein Stück Mobilar gewesen, in einer Ecke habe ein Haufen Lumpen und darauf

die Wegner gelegen. Neben diesem Raum habe sich noch eine Kabuse befunden. Er habe auch hier hinein geleuchtet. Dort habe zu seinem Schrecken, ebenfalls auf einem Haufen Lumpen, ein Mann gelegen, der sich den Rockkragen über den Kopf gezogen hatte. Das Zündholz sei dem Angeklagten aus der Hand gefallen, zugleich sei die Gestalt aufgesprungen, habe ihn mit der Linken an der Kehle gepackt und ihm mit der geballten Faust fortwährend Schläge ins Gesicht versetzt, so daß ihm „das Feuer aus den Augen und das Blut aus der Nase gespritzt sei." Er sei froh gewesen, als er die Treppe gewonnen hatte und flüchten konnte. Aber nun hatte er seinen Korb mit Waaren im Stiche lassen müssen, den mußte er wieder haben, er diente zu seinem Lebensunterhalt. Er habe sein Taschenmesser geöffnet und, bis an den Treppeneingang tretend, habe er hinabgerufen: Bin ich denn hier in eine Mörderhöhle oder einen Verbrecherkeller gerathen? Aber Jungeken, ich habe jetzt mein Messer in der Hand, wenn Du mich noch einmal angreifst, stehe ich zu. Ich will mir meinen Korb holen!" Er sei dann wieder die Treppe hinabgegangen, unten aber von neuem mit Faustschlägen traktirt worden. Ob er dabei mit dem Messer zugestochen habe, oder ob sein Angreifer selbst im Dunkeln hineingelaufen sei, könne er nicht sagen. Er habe für sein Leben gefürchtet. Sein Gegner sei die Treppe hinaufgegangen, er habe seine Sachen zusammengesucht und dann ebenfalls den Keller verlassen. Auf der Straße habe er einen Mann stehen sehen, der sich gegen ein Haus lehnte und seine rechte Hand gegen die linke Seite drückte, um das aus einer Wunde reichlich hervorquellende Blut aufzuhalten. Eine Anzahl Kinder hätten den Verwundeten umstanden. Er sei hinzugetreten und habe seinen Angreifer erkannt. Einem hinzukommenden Polizeibeamten habe er selbst gesagt, daß er mit dem Verwundeten eine Schlägerei gehabt, und darauf sei seine Verhaftung erfolgt.

Gerichtschemiker Dr. Jeserich begutachtete, daß das Blut, das an dem Messer des Angeklagten klebte, Menschenblut sei, welches nicht durch Berührung mit blutigen Händen auf das Messer gekommen sei. Es sei deutlich zu sehen, daß das Messer in eine blutige Masse eingedrungen sei. Nach dem Gutachten der medizinischen Sachverständigen hat der Stich, der von unten nach oben geführt wurde, die Spitze des Herzens getroffen.

Die Zeugin Wegner wurde zuerst vernommen. Sie ist eine 42jährige Person mit aufgedunsenem Gesicht. Gleichmüthig gab sie zu, daß sie seit etwa drei Jahren dem Trunk ergeben sei. Seit etwa einem Jahre habe sie mit dem verstorbenen Wollina zusammengelebt. Auch dieser habe getrunken und sei im Rausch sehr eifersüchtig gewesen. Sie entsinne sich noch, daß der Angeklagte ihr Schnaps gegeben habe, er müsse denselben aber wohl mit etwas „vermengt" haben, denn nach dem Genusse sei sie so trunken geworden, wie noch nie zuvor. Von den ganzen Vorgängen im Keller wisse sie nichts. — Eine im Hause Wendingerstr. 4 wohnende Zeugin hatte gesehen und gehört, wie der Angeklagte mit den Worten: „Bin ich denn in eine Mörderhöhle gerathen?" zum Keller hinausfloh, um dann noch einmal nach ausgestoßener Warnung und mit gezücktem Messer in der Hand wieder hinabgegangen sei. Sein Gesicht sei blutig gewesen. Die „Wohnung", welche der Verstorbene mit seiner Geliebten inne hatte, schilderte die Zeugin als einen kleinen Raum, der fast vollständig dunkel blieb; um wenigstens etwas Licht zu haben, pflegten die Bewohner die Thür offen stehen zu lassen. Staatsanwalt Liebenow kam nach Schluß der Beweisaufnahme nicht zu der Ansicht, daß man den Angeklagten würde verurtheilen können. Dessen Schilderung von den Vorgängen im Keller habe viel Wahrscheinlichkeit für sich, wahrscheinlich sei der Verstorbene der Ansicht gewesen, daß er einen Nebenbuhler vor sich habe.

Der Vertheidiger Rechtsanwalt Munckel plädirte ebenfalls für Freisprechung, die Geschworenen sprachen den Angeklagten aber der fahrlässigen Tödtung schuldig, worauf derselbe zu einer Gefängnißstrafe von einem Jahre verurtheilt wurde.

Freigesprochen wurde gestern der frühere Schutzmann Mindzer, den das Schöffengericht einer Schwindelei, die er an einem Wirthe begangen haben sollte, schuldig erkannt und zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt hatte. In der gestrigen Verhandlung vor der Strafkammer brachte ein Droschkenkutscher die Unschuld des Mindzer ans Licht, worauf die Freisprechung erfolgte.

Das Urtheil im Prozeß der Garantiefonds-Zeichner, der gestern vor dem Kammergericht in letzter Instanz verhandelt wurde, soll am 13. Juni, mittags 12 Uhr, verkündet werden.

Versammlungen.

Eine ordentliche Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend tagte Sonntag den 5. Juni bei Hoffmann, Alexanderstr. 27c. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Blaurock einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Taktik des Zentralverbandes und die Gestaltung der Berliner Maurerbewegung seit 1890. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung führte Metzke an, daß im letzten Flugblatt der zentralen Richtung gesagt werde, es sammeln schon zwei Drittel der Berliner Maurer für den Zentralverband. Das sei nicht richtig; vielmehr sammele immer noch über die Hälfte bei der lokalen Richtung. Ferner wurde mitgetheilt, daß in Weißensee, Langhansstr. 11, eine Zahlstelle errichtet sei.

Lese- und Diskutirklubs. Mittwoch. „Gleichheit", abends 8½ Uhr, Stramm, Ritterstr. 123. — „Heine", Rixdorf, abends 8½ Uhr, Prinz Handjerystr. 60. — „Einigkeit", abends 8½ Uhr, Zeige, Triftstr. 1. — „Morgenroth", abends 9 Uhr, Dieke, Lothringerstr. 67. — „Sozialdemokr. Agitationsklub Osten", abends 8½ Uhr, Bauer, Fruchtstr. 52. — „Freigeist Arkona", abends 8 Uhr, Wesener, Arkonaplatz 5. — „Friedrich Engels Norden", 9 Uhr abends, Reißen, Voltastr. 34.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Manteuffelstr. 50, v. 2 Tr. **Mittwoch.** Uebungsstunde abds. 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — „Liebesfreiheit I", Nebelin, Langestr. 108. — „Norddeutsche Schleife", Lüdke, Melchiorstr. 15. — „Freya I" (Gemischter Chor), Schiller, Rosenthalerstr. 57. — „Lorbeerkranz", Späth, Weinstr. 28. — „Liederlust I (1865)", Roll, Adalbertstr. 21. — „Spandau", in Spandau, Radtke, Neumeisterstr. 5. — „Deutsche Eiche I", Gold, Gr. Frankfurterstr. 133. — „Echo I", Pankow, Clemens, Wollankstr. 122. — „Treue", Mariannen-Ufer 2 im Lurhof. — „Allegro", Grube, Wrangelstraße 141. — „Freiheit I", Richter, Billowstraße Nr. 65. — „Freier Männerchor „Nord-West", Pfarr, Puttlitzstr. 10. — „Kupferschmiede", Feind, Weinstraße 11. — „Gleichheit I", Plischke, Danzigerstr. 95. — „Freiheitsgruß", Schreiber, Schönhauser-Allee 65. — „Schneeglöckchen I", Rixdorf, Köpke, Hermann- und Karlsgartenstr.-Ecke. — „Hoffnung III", Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferstr. 25. — Arbeitergesangv. „Britz" in Britz, Dorn, Bürgerstr. 4. — „Seeger'scher Männerchor", Göbel, Landsberger Allee 156. — „Arion III" Rixdorf, Geschuhn, Hermann- und Herrfurthstr.-Ecke. — „Maiengruß II", Charlottenburg, Bartsch, Straße 6a, Nr. I. — „Heimathklänge", Köpenick, Meyer, Rosenstr. 101. — „Wacht auf I", Lambeck, Danzigerstr. 71. — „Vorwärts X", Rauen, Hobusch, Marktstr. 16. — „Schneeglöckchen II", Potsdam, Glaser, Brandenb. Kommunik. 16. — „Treu und Fest", Lohmann, Koppenstr. 17. — „Bruderbund", Fickinger, Usedomstr. 22. — „Sängerlust", Werder a./H., Kugelweg im Lokal. — „Ost- und Westpreußen", Englischer Garten, Alexanderstr. 27c. — „Rienzi", Schulze, Lausitzer Platz 2. — „Osten", Metallarbeiter, Bipple, Grüner Weg 13. — „Rosalie", Plaen, Königsbergerstr. 34. — „Keramik", Charlottenburg, Prestel, Kepplerstr. — „Zaget nicht", Steglitz, Schwarzer Adler, Albrechtstr. 125. — „Froh-Hoffnung", Fatter, Palladstraße 16. — „Liederlust II", Potsdam, Glaser, Brandenburger Kommunikation 16. — „Weltenruf", Schiller, Rosenthalerstr. 57. — „Enterbten", Backgänger, Swinemünderstr. 96. — „Frohe Stunde", Scholz, Naunynstr. 6. — „Melodia", Rixdorf, Thomas, Bergstr. 162. — „Treu und Fest II", Schöneberg, Krohaun, Grunewaldstr. 116. — „Zukunft II", Nieder-Schönhausen, Settekorn, Lindenstr. 1. — „Vorwärts I", Roll, Adalbertstr. 21.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch: Skatklub „Revolution", Golz, Grüntauerstr. 3. — Gesell. Verein „Hoffnung", Dieseler, Lebuserstr. 14. — Artistenv. „Vereinte Kraft", Zepke, Plan-Ufer 92a, Mittwoch abends und Sonntag vormittags. — Athletenv. „Atlas", Dase, Brunnenstr. 152. — Gesell. Verein „Türkische Pfeife", Hansen, Danzigerstraße 93. — Tambourv. „Froh-Frei", Bolz, Wiesenstr. 27, Mittwochs und Sonnabends. — Schachkl. „Norden", Mandel, Seestr. 25. — Musikverein „Knoatsch", Steffens, Kolbergerstr. 2. — Pfropfenv. „Nord-Ost", Vogel, Elbingerstr. 9. — Rauchkl. „Schmoke's Werke", Hegener, Krautstr. 39. — Gesangv. „Sangestreue", Spreeterrasse an der Jannowitzbrücke. — Gesangv. „Lerche", G. Gerber, Schönhauser-Allee. — „Vereinigung der Turnfreunde", Demminerstr. 56/57, 8½—10½ Uhr abds. — Turnv. „Osten", Männerabth., Blumenstr. 63a, 8½—10 Uhr abds. — Tambourv. „Auf", Dresdenerstr. 58, Mittwochs und Sonnabends. — Musikv. „Vorwärts", Nebelin, Langestr. 108. — Zitherkl. „Alpenglöckchen-Edelweiß", Gipsstr. 11. — Theaterv. „Proletariat", Pritsch, Skalitzerstr. 30. — Skatkl. „Pique Bube", Jost, Adalbertstr. 99. — Artistenkl. „Freiheit", Schulz, Dunckerstr. 90, Mittwochs und Sonnabends. — Skatkl. „Naturstock", Wittwer, Markusstr. 31, Mittwochs und Sonnabends. — Skatkl. „Namenlos", Gumlich, Reichenbergerstr. 149. — Theaterv. „Freier Wille", Märkischer Hof, Admiralstr. 18a. — Anglerverein „Freundschaft", jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat. Vereinslokal Wilhelmstraße 27. — Skatklub „Offer ehrlicher Seemann", Dieke, Ackerstr. 123.

Arbeiter-Turnerbund. Mittwoch: Turnv. „Fichte", Berlin, abds. von 8—10 Uhr: 1. Männer-Abth. Friedenstr. 37. 3. Männer-Abth. Böchstraße 21. 2. Lehrlings-Abth. Skalitzerstr. 55/56. 4. Lehrlings-Abth. Stephanstraße 3. — „Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz", 2. Schüler-Abth. von 6½ bis 8½, 2. Männer- und Lehrlings-Abth. von 8½—10½ Uhr abds., Berthe in Britz, Chausseestr. 39. Schülerinnen-Abth. von 6½—8½, Frauen-Abth. von 8½—10½ Uhr abds., Wiersing, Kniesebeckstr. 113. — „Freie Turnerschaft Johannisthal", abds. 8—10 Uhr, Senftleben. — „Arbeiter-Turnv. Adlershof", Uebungsst. von 8½—10½ Uhr abds., Herrguth, Oppenstr. — „Turnerschaft d. V. Nereus", Lehrlings-Abth. von 8—10 Uhr, Reichenbergerstr. 131/132.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 80, 2. Hof. **Mittwoch:** „Arkona", Pannewitz, Skalitzerstr. 41. — „Sumatra Süd-Ost", Manegold, Liegnitzerstr. 18. — „Waldesgrün", Kunze, Forsterstraße 36. — „Virginia", Schnieber, Admiralstr. 21. — „Frei Weg", Schöneberg, Muchel, Grunewaldstr. 129. — „Fidele Raucher", Kuppel, Böckhstr. 49. — „Intelligenz", Schmidt, Kottbuser Damm 101. — „Granate", Tujuntke, Forsterstr. 40. — „Fidele Brüder", Friedrichsfelde, Lohse, Lutsenstr. 20. — „Morgenroth", Rolland, Landsberger Allee 44. — „Frohsinns-Helmath", Nowak, Wilhelmshavenerstr. 10. — „Deutscher Michel", Pankow, Griffel, Kaiser Friedrichstraße 15. — „Kairo", Löhrich, Pankstr. 32d. — „Ohlauer", Rixdorf, Elias, Berlinerstr. 14. — „Abguß I", Gorn, Markusstr. 23. — „Die Dampfenden", Jeratsch, Reichenbergerstr. 160. — „Weiße Nelke", Felske, Lausitzerstr. 26. — „Zufriedenheit", Rixdorf, Rheden, Mühlenstr. 5. — „Apfelblüthe", Schmidt, Pankstr. 3b. — „Fliederduft", Schmidt, Friedenstr. 74. — „Weichselduft", Görlitz, Stargarderstr. 7. — „Alter Husst", Zimmer, Jasmunderstr. 4. — „Rein Ton", Neckel, Rykestr. 13. — „Rothe Fahne", Sievert, Görlitzerstr. 50. — „Kornblume", Menzel, Gneisenaustr. 71. — „Veilchenblau", Dinnle, Marienburgerstraße 22. — „Einigkeit II", Penkert, Köpnickerstr. 38. — „Guter Zug", Prell, Oderbergerstraße 36. — „Kräftiger Zug", Fürstenau, Reichenbergerstraße 39b. — „Frohe Lust", Brandenburg a. H., Harwardt, Große Gartenstr. 47a. — „Alter Stamm", Lasow, Jahnstr. 2. — „Boldhampf", Werder a. H., Martin, Kugelweg 58. — „Lebensblüthe", Vogel, Palisadenstraße 9. — „Fidelibus", Zimmermann, Petersburgerstr. 56.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an E. Brakke, Schulstr. 24. **Mittwoch:** Klub „Nord" Friedrichstr. 102. Uebungsst. abends 7½ Uhr.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute abends 8½ Uhr Versammlung in G. Feuerstein's Festsälen (Inh. M. Herzberg), Alte Jakobstr. 75.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

W. F., Graz. Die deutsche Sozialdemokratie besitzt außer dem „Vorwärts" 37 Tageblätter, und zwar in Süddeutschland an folgenden Orten: Mannheim, München, Nürnberg, Offenbach, Stuttgart und Würzburg.

F. F. 152. Danzig 9. Aschendorf-Meppen (Hannover 3).

Ratibor 1893. In den beiden angeführten Statistiken ist das Wahlresultat genau nach der amtlichen Statistik angegeben. Nach derselben wurden am 15. Juni 1893 abgegeben für Frank (Zentrum) 9582, für Rodota 6359 und für Bebel 610; die beiden letzteren Kandidaten wurden amtlich als sozialdemokratische aufgefaßt, da dies für Rodota aber nicht zutraf, haben wir in unserer Tabelle blos die 610 Stimmen für Bebel angeführt.

A. Sch. 9. Das Wöchnerinnenheim befindet sich im Krankenhause am Urban.

M. K. 25. Wenden Sie sich an die Direktion der Reichsdruckerei.

E. M. 20. Das ist unmöglich. — **S. 17.** Die für die letzten fünf Jahre rückständigen Raten sind auf keinen Fall, die für weitere Jahre rückständigen Raten dann nicht verjährt, wenn die Forderung bereits ausgeklagt war. — **Wagner.** Sie haben zu zahlen und dann beim Gericht einen Kostenfestsetzungsantrag zu stellen. — **A. P. 30.** Sie könnten lediglich auf Scheidung antragen.

Witterungsübersicht vom 7. Juni 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	765	NO	2	heiter	13	Haparanda	767	SSW	2	hlb. bed.	12
Hamburg	763	OSO	2	hlb. bed.	17	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	763	O	3	heiter	17	Cork	760	SW	4	wolkenl	13
Wiesbaden	763	SW	1	bedeckt	17	Aberdeen	760	SSO	3	hlb. bed.	14
München	765	W	4	wolkig	17	Paris	764	NNO	1	bedeckt	16
Wien	762	Still	—	wolkenl	14						

Wetter-Prognose für Mittwoch, 8. Juni 1898.

Warm bei schwachen südlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Gewitterneigung; nachher etwas kühler.

Berliner Wetterbureau.

Von Mittwoch den 8. Juni ab

gelangen in unserer hiesigen Fabrik-Niederlage grosse Quantitäten moderner Frühjahrs- und Sommer-Kleiderstoffe, darunter ganz neue zu spät fertig gewordene Artikel zu erstaunlich billigen Preisen zum **Ausverkauf.** Dauer dieses selten wiederkehrenden Angebots nur kurze Zeit, da die Vorräthe bald geräumt sein werden.

Ültzensche Wollenweberei

BERLIN,

Leipzigerstr. 96, Ecke Charlottenstrasse.

Unserm Genossen und Wirth **Carl Lüdke,** Zossenerstr. 10, zu seinem heutigen Wiegenfeste die besten Glückwünsche. Die lokal-organisirten Maurer vom Kreuzberg.

Verpfändet gewesene und billig erworbene 66/6*

Fahrräder,

wenig gebrauchte und neue erstklassige deutsche und amerikanische Herren- und Damen-Räder mit Jahresgarantie verkauft spottbillig

Concess. **Leihhaus,** Neue Schönhauserstr. 11, I.

Herren-Anzüge

Reine Wolle: 25, 27, 28, 30 M., nach Maaß: 33, 35, 37, 39 M. Halbwolle: 18, 19, 20, 21 M. Eigenes Fabrikat. Bei theureren Anzügen Theilzahlung, monatl. 10 M., gestattet.

Tomporowski, Schneidermstr., Stralauerstr. 56, Laden.

49779*

Maitrank

täglich frisch, ausgezeichnet im Geschmack,

à Fl. **60 Pf.,** 10 Fl. **Mk. 5,50,** 50 Fl. **Mk. 25,–** exkl.

Heidelbeer-Wein, Johannisbeer-Wein, weiß u. roth, herb u. süß,

à Fl. **75 Pf.,** 10 Fl. Mk. **7,–,** 50 Fl. Mk. **30,–** exkl.

Brombeer-Wein, Wermuth-Wein à Fl. Mk. **1,–.**

Grösste Obst- und Beeren-Wein-Kelterei Berlins.

Probirstelle: Kommandantenstr. 67.

Eugen Neumann & Co.

Komptoir u. Gesammt-Kellereien: SW. 68, Lindenstr. 16/17.

Fernsprecher: Amt IV. 9676.

Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV. 3678, Wilhelmstraße 25, „ II. 2632, Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 190. — Genthinerstr. 29. — Kommandantenstr. 67. — Grüner Weg 56. — Schöneberg, Hauptstr. 129. Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 48. — Potsdam, Bäckerstr. 7.

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. * **Olga Jacobson,** Invalidenst. 145.

Ein Schankgeschäft ist sof. zu verk. **Fr. Ebel,** Görlitzerstr. 39.

Möbel aller Art werden sauber **aufpolirt. Schulz,** Schwedterstr. 257.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:

Verkauf frisch gek. schw. perls. und finn. Fleisches.

Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . „ 40 Pf. [4978L*

Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Deutscher Cognac

angenehm mild im Geschmack,

à Literflasche Mk. 2,10, Mk. 2,50, Mk. 3,00.

Eugen Neumann & Co.

Comptoir u. Gesammtkellereien: SW. 68, Lindenstr. 16/17.

Fernsprecher: Amt IV. 9676.

Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV. 3679.

Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 190. — Genthinerstr. 29. — Kommandantenstr. 67. — Grüner Weg 56. — Wilhelmstraße 25. — Schöneberg, Hauptstr. 129. — Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. Potsdam, Bäckerstraße 7.

Aluminium-Gebisse sowie in Kautschuk vorzüglich, setzt schmerzlos ein. Schmerzl. Zahnzieh. Schlechtsitzende Gebisse werden unt. Gar. genau passend umgearbeitet. Mäßige Preise. **Goldstein,** Oranienstr. 123.

Theile allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten mit, daß ich das Lokal von **Otto Franke,** Friedrichsbergerstr. Nr. 11, käuflich erworben habe. Achtungsvoll **G. Urban.**

Anzüge nach Maaß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider 2c. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Bad Monbijou

Poliklinik (ärztliche Leitung) für Heilkräuter-Behandlung u. Wasserkur, Nerven-, Magen-, Lungen-, Haut-, Harn-, Rückenmarks-, Frauen-, Beinleiden, Hämorrhoiden, Rheuma, Ischias. Poliklinik 10-12. Klinik 4-6.

Gr. Hamburgerstr. 20

Dr. Simmel Moritzplatz, Haus d. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden. 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 8. Juni.

Opernhaus. Siegfried. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Das goldene Vließ. Medea. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Neues. Villa Gabriele. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Thielemanns. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Fegefeuer. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Atschin. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Wein, Weib, Gesang. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte, Opernrelephon.
Passage-Panoptikum. Theater Variété. Alpenglühen.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Mittwoch:
Thielemanns.
Donnerstag:
Galeotto.
Freitag:
Die Dummen.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Gr. Ausstattung! Gr. Ballets!
Auf Sumatra
oder
Die Holländer in Atschin.
Gr. Ausstattungsstück mit Gesang und Ballets in 12 Bildern v. Ch. Cahmann. Musik von F. Krause. Ballets, einstudirt von der 1. Solotänzerin Carola Kinks, vom Hof-Theater in Altenburg.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Gr. Spezialitäten-Vorstellung, Konzert, Theater. Anf. 5½ Uhr.
Sonnabend: 1. gr. Sommernachtsfest. Prachtvolle Illumination.

Apollo-Theater.

Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson, Musik von Wilh. Rosenzweig, in Szene gesetzt v. Direktor Glück.
Ferner:
12 hervorrag. Spezialitäten.
Vor der Vorstellung:
Grosses Garten-Konzert.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Heute sowie täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Im Vorverkauf 40 Pf. u. Familien-Billets (für drei Personen giltig) 1 Mark.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Eine Marinevorlage.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung.
Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr: **Vom Matterhorn zur Jungfrau.**
Invalidenstrasse 57-62.
Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon.
Eintritt 20 Pf. (Gutsch. ungiltig.)

Passage-Panopticum.

Theater Variété
ohne Extra-Entree.
Neu!
Alpenglühen.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Salambo
die schöne Schlangenbändigerin.

Actien-
Brauerei Friedrichshain

früher Lips. Am Königsthor.

Heute, sowie jed. Mittwoch:
Jänisch-Konzert
Kapelle des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments No. 1 (in Uniform).
Anfang 7 Uhr.
Entree 10 Pf.
Morgen Mittwoch:
Spargel-Essen.
Jeden Donnerstag:
Garde-Schützen-Frei-Konzert.

Prater-Theater,

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **„Friede auf Erden".** Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Abth. von Hugo Schulz. Musik v. A. Kersten. **Eugenie Formes,** Kostümsoubrette. **Gebr. Allardo,** Grotesque-Duett. **Osrani Troupe,** musik. Excentr. **The 3 Wartons,** Parterre-Akrobaten. **Mr. Barna** mit s. dress. Ratten. **Ballet. Pantomime. Konzert** und **Ball.** Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., reserv. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Puhlmann's
Vaudeville-Theater

Inhaber F. Lehmann,
Schönh. Allee 148, Kastan.-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung
mit stets neuem Programm.

Ostbahn-Park,

Am Küstriner Platz.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art. Familien können Kaffee kochen.
Beginn des Konzerts:
Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Entree: Wochent. à Person 10 Pf. Sonnt. 20 Pf. Kind. 10 Pf.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16
Im schönen Garten täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Irren ist menschlich.
Lustspiel in 1 Akt von Tannenhofer.
Orpheus auf der Oberwelt.
Possen-Burleske in 1 Akt von Sanftleben u. Thalburg. Musik v. Michaelis.
Neu! Japanliedchen oder Die kleinen Geishas. Neu!
Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz von Walter Gericke. Musik von Wappaus.
Im Saale: **Grosser Ball.**

Etablissement
Feldschlößchen

Inhaber **Fritz Nagel**
Müller-Straße Nr. 112.
Im größten und schattigsten Garten des Nordens (8000 Personen fassend):
Täglich: Frei-Konzert.
Sonntags:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saal: Ball.
Achtung! 52129*
Die Sonntage der Winter-Saison sind an Theater-Vereine zu vergeben.
Fritz Nagel.

2. Wahlkreis.

Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
im Saale des Herrn **Bickel,** Hasenhaide.
Tages-Ordnung:
1. Die Neuwahlen zum Reichstage. 2. Diskussion. Referent: Rechtsanwalt **Wolfgang Heine.** 210/18
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht **Das Wahlkomitee.**

Chemigraphen.

Donnerstag, den 9. Juni, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Zubeil,** Lindenstraße 106:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung von der General-Versammlung in Frankfurt a. M.: Kollege **Sahm.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 96/16
Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet **Die Verwaltung.**

Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Filiale Berlin I.)
Donnerstag, den 9. Juni, abends 8½ Uhr, bei Herrn **Hofmann,** Alexanderstraße Nr. 27c:
Außerord. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung von der Generalversammlung in Frankfurt a. M.
2. Diskussion.
3. Neuwahl der Filialverwaltung.
4. Ergänzungswahl des Hauptvorstandes.
5. Verschiedenes.
In anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung ist es Pflicht jedes Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt.
Die Verwaltung.

Achtung! **Holzarbeiter!** Achtung!
Donnerstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
bei **Steckert,** Andreasstraße Nr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitsniederlegung bei Rückwarth u. Riegel, Wienerstr. 50.
2. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer, Aufstellung der Kandidaten zum Gewerbegericht.
Die Inhaber der Firma Rückwarth u. Riegel sind besonders eingeladen.
81/8* **Der Vertrauensmann.** O. Klinger.

Achtung! Süden. Achtung!
Mittwoch, den 8. Juni, abends 8 Uhr, in den „Oranienhallen", Oranienstraße 51:
Vertrauensmänner-Versammlung.

Achtung! Maurer. Achtung!

Zentral-Verband deutscher Maurer.
Donnerstag, den 9. Juni 1898, abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn **Mehlmann** (früher Buske), Grenadierstr. 33:
Versammlung der Baudeputirten.
Tagesordnung:
1. Der Stand unserer jetzigen Lohnbewegung. 2. Situationsbericht der Deputirten. 3. Verschiedenes.
NB. Jeder Bau, wo Mitglieder oder Anhänger des Zentral-Verbandes thätig sind, muß in der Deputirten-Versammlung vertreten sein.
Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend (Zentral-Verband deutscher Maurer)
132/19] Im Auftrage: **Wilhelm Fritzsch,** Barbarossastraße 79.

Zähne.

Das **rühmlichst bekannte, altrenommirte** Zahnatelier bisher Grünstr. 10, jetzt nur **Grünstr. 231,** nahe der Gertraudtenstraße.
Wie früher allerbest existir. **Zähne** v. **2 Mk.** an 10jähr. Garantieschein. Auf Wunsch Theilzahlung.

Garten-Theater der Reichshallen

Leipzigerstraße 77.
Täglich:
im 3000 Personen fassenden Sommer-Garten auf neuerbauter Garten-Bühne.
Wilhelm-Kalnberg-Agoston-Ensemble!
Spezialitäten 1. Ranges!
Clara Antoni, Hella Collier, Toni Leonardy, Hermanos Castagna, Brüder Paxton, Tom Briarly.
Die Guordischen Perlen! u. s. w.
Das Konzert beginnt um 7 Uhr, die Vorstellung um ¾8 Uhr.
Tageskasse von 11–1 Uhr Vorm.
Bei **ungünstiger** Witterung Vorstellung im **Theatersaal.**

Unfallsachen, Klagen, Eingaben **Putzger,** Steglitzerstr. 65.

Steppdecken

kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S.,
72, Wall-Strasse 72,
wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 52062*

Achtung! Maurer Achtung!

Berlins und der Umgebung!
Donnerstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:
Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Kassierers über die Abrechnung 1898. 2. Diskussion. 3. Antrag der Kollegen vom Schiffbauer-Damm betreffend Unterstützung bei der Bausperre. 132/8*
Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Revisor Georg Behrend.**

Prüfet Alles und behaltet das Beste!

Das echte
Dr. Thompson's Seifenpulver
bleibt doch immer das weitaus **bevorzugte Wasch- und Bleichmittel.**
Zur Herstellung des **echten Dr. Thompson's Seifenpulvers** wird nur allerbestes, garantirt unschädliches Material verarbeitet. — Große Ersparniß an Mühe, Zeit und Geld. 23/8*
Nur echt mit Schutzmarke **„Schwan".**
Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Kolonialwaaren-Handlungen.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

BAHNSTATION — SAVIGNYPLATZ

Carl Hagenbeck's INDIEN

Vorstellungen in der Arena: an Wochent. 6 u. 8 Uhr, an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr, im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. — Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.

Schweizer Garten.

Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3–6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4½ Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. **Entree 30 Pf.**
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Etablissement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Gr. Frankfurter Strasse 117. — **Königsbank** — Gr. Frankfurter Strasse 117.
Empfehle meine Säle und prachtvollen Garten (beide mit Theater-Bühne) bis 2000 Personen fassend, den geehrten Vereinen zur freien Benutzung. [4927L*] **Hermann Warsany.**

Max Kliem's Sommer-Theater,

Hasenhaide 14/15. — Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Barsikow-Troupe — Rossini-Trio — Little Elfrida. Georg Fischer, Liedersänger; **Franz. Wunsch,** Soubrette; **Karl Gursch,** Tanz-Parodist; **Martha Reinshagen; Tutti Belmonte.**
Neu! Das Blumenmädchen vom Moritzplatz. **Neu!**
Volksstück mit Gesang in 2 Bildern von J. Eitzner.
„Hohe Gäste." Kostüm-Lustspiel in 1 Akt von Belly.
Vor und nach der Vorstellung: **Grosses Doppel-Konzert.**
In den **beiden Sälen: Grosser Ball.**
Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 „
Max Kliem.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung! Holzarbeiter.
In der Möbelfabrik von **Rückwarth & Riegel,** Wienerstr. 50, haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Parkettbodenleger.
Die Kollegen der Firma von **Kuhnert u. Kühne, Martinikenfelde,** haben die Arbeit niedergelegt. 81/9
Zuzug fernhalten!

Achtung! Rabitzputzer.
Bei der Firma **Karl Schulz,** Charlottenburg, haben die Kollegen wegen Lohnabzug die Arbeit niedergelegt. Der Zuzug ist bis auf weiteres streng fernzuhalten. **Der Vorstand.**

Lehrmädchen
zum Vorrichten verlangt Wäschefabrik Oberwasserstr. 10 II. 38655*

Weißnäherin
Handknopfloch-Arbeiterin verl. Wäschefabrik Oberwasserstr. 10 II. [38656*

Fantasiefeder-Arbeiterinnen.
in und außer dem Hause, Lehrmädchen, auch Frauen, verlangt. Weißensee, Lothringerstr. 33, I. 38785*

Farbigmacher verl. Andreasstr. 10.

Achtung! Elektrotechnik!
Ein II. Kursus für **Praktiker** zur Ausbildung von **Elektromonteuren, Installateuren, Maschinisten** ꝛc., beginnt Mitte Juni, Dauer 6 Monate, monatlich 6 M. Keine Vorkenntnisse nöthig. — Leicht faßliche Lehrmethode.
Anmeldungen baldigst bis abends 9 Uhr, Sonntags bis 1 Uhr. Besonders geeignet für Herrn vom **Metallgewerbe.** Nach Absolvirung **Stellennachweis** und Abgangszeugniß. Man verlange Prospekte. **„Electra",** Prinzenstr. 55. 38635*

Maschinist

für Columbien.
Gesucht wird ein durchaus tüchtiger Maschinist und Maschinen-Schlosser, der speziell mit der Handhabung der Lindeschen Eis-Maschine gut vertraut sein muss, für eine deutsche Brauerei in Bogota i. Columbien.
Gutes gesundes Klima, Gehalt 250 Mark per Monat mit freier Wohnung, ohne Verpflegung; freie Reise.
Gute Zeugnisse erforderlich. Offerten unter **X. 2865** Centr.-Annoncen-Bureau **William Wilkens, Hamburg.**

Korbmacher auf Blumenkörbe verlangt **M. Anders,** Gollnowstr. 10a.

1 Goldleisten-Grundirer verlangt C. Hielscher, Elisabethstr. 24.

Glasarbeiter für Columbien gesucht.

Gesucht werden für eine deutsche Glasfabrik in Bogota in Columbien, gutes gesundes Klima:

a) ein Schmelzer, der bereits an offenen Häfen oder Wannen gearbeitet hat und der im stande ist, ein reines, blasenfreies Glas herzustellen; derselbe muß selbständig die nöthigen Mischungen machen können, sowohl für Bierflaschen-Glas, Weiß- und Halbweiß-Glas, als auch Fenster- und Preßglas. Gehalt 250 M. pro Monat mit freier Wohnung, ohne Verpflegung; freie Reise.

b) ein Schmelzer, der bereits an offenen Häfen oder Wannen gearbeitet hat und der im stande ist, ein reines, blasenfreies Glas herzustellen; derselbe hat auch als Schürer zu arbeiten. Gehalt 250 M. pro Monat mit freier Wohnung, ohne Verpflegung; freie Reise.

c) ein Fensterglas-Strecker, der mit der Anfertigung von Fensterglas gut vertraut ist und der mit dem Blasen und Strecken desselben genau Bescheid weiß. Derselbe soll in Akkord arbeiten, so daß er 250–300 M. pro Monat verdient; freie Wohnung, ohne Verpflegung; freie Reise.

d) ein sehr guter Preßglas-Arbeiter, der das Anfertigen möglichst aller Glaswaaren wie Seidel, Gläser, Teller, Schaalen, Fliesen, Ziegeln ꝛc. genau versteht; bevorzugt werden solche, die bereits an der amerikanischen Glas-Preßmaschine, Federkopf-Preßmaschine, und Hand-Stöpsel-Preßmaschine, wie solche die Maschinenfabrik in Landsberg a. Lech liefert, gearbeitet haben. Der Arbeiter soll in Akkord arbeiten, so daß er 250–300 M. pro Monat verdient; freie Wohnung, ohne Verpflegung; freie Reise.

In allen 4 Fällen sind gute Zeugnisse erforderlich. Offerten unter **X. 2866,** Centr.-Annonc.-Bureau **William Wilkens, Hamburg.**

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.